

OUT OF

NR. 4 ■ SOMMER 2005

# DAHLEM

***vorwärts  
immer ...***

#### Behindertenberatung

Telefon: 838 56 203  
Fax: 838 56 354  
Mi 13<sup>00</sup>-18<sup>00</sup>

Raum K 29/202 (Rostlaube), Habelschwerdter Allee  
45, 14195 Berlin  
E-Mail: behindertenberatung@astafu.de

#### BAföG-Beratung

Telefon: 839 091-12  
Mo 10<sup>00</sup>-15<sup>00</sup>  
Do 10<sup>30</sup>-15<sup>30</sup>  
Fr 10<sup>00</sup>-15<sup>00</sup>

#### Sozialberatung

Telefon: 839 091-13  
Mi 10<sup>00</sup>-15<sup>00</sup>  
E-Mail: sozialberatung@astafu.de

#### AusländerInnenberatung

Telefon: 839 091-17  
Di 13<sup>00</sup>-17<sup>00</sup>  
Fr 13<sup>00</sup>-17<sup>00</sup>  
Online: <http://www.auslaenderinnen.de/beratung.htm>  
E-Mail: beratung@auslaenderinnen.de

#### Semesterticketbüro

Telefon: 839 091-40  
Di 10<sup>00</sup>-14<sup>00</sup>  
Mi 10<sup>00</sup>-14<sup>00</sup>  
Do 14<sup>00</sup>-18<sup>00</sup>

Thielallee 36 (im Keller des Capitol-Kinos), 14195 Berlin

#### Hochschulberatung

Telefon: 839 091-13  
Di 11<sup>00</sup>-16<sup>00</sup>  
E-Mail: hochschulberatung@astafu.de

ES EMPFIEHLT SICH, IM ASTA-BÜRO (TEL.: 839 091-0, MO-FR 10<sup>00</sup>-18<sup>00</sup> UHR) ANZURUFEN UND DIE AKTUELLEN TERMINE ZU ERFRAGEN.

# ASTA-BERATUNGEN

#### Lesbisch-feministische Information und Service (LIS)

Telefon: 839 091-22  
Do 13<sup>00</sup>-15<sup>00</sup>

#### Frauenberatung

Telefon: 839 091-23  
Do 13<sup>00</sup>-15<sup>00</sup>

#### Schwulen-, Bisexuellen- und Transgenderberatung

Telefon: 839 091-18 (Anrufbeantworter vorhanden)  
Fr 13<sup>00</sup>-17<sup>00</sup>  
Online: <http://www.gaycampus.de/beratung.html>  
E-Mail: schwulenberatung@gaycampus.de

#### Rechtsberatung

Telefon: 839 091-0  
Fr 16<sup>00</sup>-18<sup>00</sup>  
Keine telefonische Beratung, keine MieterInnenberatung. Vorherige telefonische oder persönliche Anmeldung im AstA erforderlich.

Soweit nicht anders angegeben, finden alle Beratungen in der AstA-Villa, Otto-von-Simson-Str. 23 (gegenüber Mensa II in der Silberlaube) statt.

## E D I T O R I A L

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Universität ist ein Elfenbeinturm, ein Ort der Wissenschaft, der losgelöst von seiner Umgebung, entbunden von jeglichem Bezug zur Gesellschaft existiert. Die Wissenschaftler als Exilanten ihrer eigenen Umwelt, die die Zusammenhänge von außen betrachten, analysieren und objektiv bewerten.

Soweit die Theorie, dass wir die Sache etwas anders sehen, dürfte an der Art unserer Darstellung bereits deutlich geworden sein. Wenn wir über Hochschule schreiben, schreiben wir immer auch über Gesellschaft, ob wir wollen oder nicht. Wissenschaft hat immer einen ganz realen Bezug, und die Wirkungen, die sie entfaltet, kann verheerend sein [...]

Anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung Europas vom deutschen Faschismus zeigen diese Bezüge erneut ihre politische Brisanz. Ob Totalitarismusdebatte, deutsche Opfermythen oder „Neue Rechte“, solche geschichtsrevisionistische Tendenzen nähren sich all zu oft auf dem Nährboden der Universität. Wir haben in dieser Ausgabe daher den Themenschwerpunkt »Geschichtsrevisionismus« gewählt, und wollen mit diesem »Out of Dahlem« natürlich einen kritischen Beitrag zur aktuellen geschichtspolitischen Debatte leisten.

In diesem Sinn wünschen wir euch eine anregende und spannende Lektüre.

Eure Redaktion

## [OUT OF DAHLEM] impressum

**Redaktion:** Einar Aurfurth, Melanie Guba, Philipp Mahltig, Nadine Schröder

**Layout:** Einar Aurfurth, Philipp Mahltig

**Druck:** AstA-Druck

**Auflage:** 5 000

Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Ansichten der Redaktion oder einzelner Mitglieder selbiger wider.

Herausgegeben vom  
**ASTA FU (Öffentlichkeitsreferat)**  
Otto-von-Simson-Str. 23  
14195 Berlin-Dahlem  
Tel. (030) 839091-0  
Fax: +49 30 8314536  
E-Mail: oeffref@astafu.de

# C O N T E N T S

## D A H L E M

- 6 **»Immarede«**  
AStA-Rede zur Immatrikulationsfeier im Sommersemester 2005
- 10 **Nicht aus dem Takt geraten**  
Ein kritischer Bericht zur Einführung des *Campus-Management*
- 14 **Verlorener Kampf? Neuer Aufbruch!**  
Zur Verdrängung kritischer Wissenschaft aus den Universitäten

## A N D E R S W O

- Her mit dem wilden Leben** 32  
Über die studentischen Proteste im Sommersemester 2005
- Semesterticket gleich Semesterticket?** 35  
Ein Kommentar zur »unendlichen Geschichte« und zu möglichen Auswegen
- Klüngelalarm in der Darlehenskasse** 38  
Vom Umgang mit studentischen Geldern und »gezielter Nachfragesteuerung«
- Der Festung Bologna entgegen** 42  
Bericht zu den Protesten beim europäischen Gipfel der Bildungsministerinnen und -minister

## S C H W E R P U N K T G E S C H I C H T S R E V I S I O N I S M U S

- 18 **Kein Schlussstrich**  
Ernst Nolte und die Neubewertung der deutschen Vergangenheit
- 24 **Die Mythen der Freien Universität**  
Eine kritische Stellungnahme zur Ausstellung »Zukunft von Anfang an«
- 28 **Kalter Krieg statt Wissenschaft**  
Der Forschungsverbund SED-Staat an der FU

## K R E M P E L

- AStA-Beratungen** 2
- Impressum** 2
- Short News: Dahlem** 17
- Short News: Schwerpunkt** 31

[OUT OF **DAHLEM**]

Rede zur Immatrikulationsfeier im Sommersemester 2005

# »Nehmt die Uni selbst in die Hand!«

von david hachfeld



**L**iebe Erstsemesterinnen und Erstsemester, hallo Gäste, im Namen des AStA heiße ich euch herzlich willkommen an der FU. Betrachtet man die öffentliche Debatte um Bildung im Allgemeinen und um das Studium im Speziellen, so fällt auf, dass in letzter Zeit meist die Fragen nach der ökonomischen Verwertbarkeit und der Effizienz von Lernprozessen im Mittelpunkt standen: Wer studiert wie schnell und wie effizient, wie viel kostet das, wie macht sich das später auf dem Gehaltscheck bemerkbar und was bringt es der Volkswirtschaft? Angesichts dieser Fragen könnte man fast meinen, das Studium an einer Universität sei ein Wettlauf, bei dem gewinnt, wer als erster fertig ist und die beste Note hat. Doch sind wir tatsächlich hier, um so schnell wie möglich so qualifiziert zu sein, dass unsere Arbeitskraft den Bedürfnissen des Wirtschaftsstandorts Deutschland am Besten entspricht? Sicherlich nicht.

Was dabei auf der Strecke blieb, ist ein Lernprozess, der mehr ist als die bloße Anhäufung von ständig abrufbaren verwertbaren Informationen. Wenn Lernen tatsächlich darüber hinausgehen soll, dann kann es an der Universität nicht einfach darum gehen, das zu lernen, was andere uns vorgeben. Relativ schnell werdet ihr merken, dass auch wenn sich jemand Professor nennt, dies noch lange nicht bedeutet, dass das, was er sagt, der Weisheit letzter Schluss ist. Es geht also vielmehr darum, das, was man hört und liest, ebenso wie die eigenen Vorstellungen, immer wieder kritisch zu hinterfragen. Selbstbe-

stimmt lernen bedeutet zu wissen, warum und was man lernt.

Lernen in diesem Sinne ist kein kontinuierlicher Prozess, sondern einer, der von Umwegen und Widersprüchen geprägt ist und der Zeit braucht. Nehmt euch die Zeit dafür.

Nehmt euch die Zeit, gemütlich in der Bibliothek zu stöbern.

Nehmt euch die Zeit, ausführlich zu lesen.

Nehmt euch die Zeit, mit anderen zu diskutieren.

Nehmt euch die Zeit, Veranstaltungen zu besuchen, die euch interessieren, auch wenn ihr sie nicht für euren Abschluss braucht, und nutzt das riesige Angebot, das es in Berlin gibt, sei es an den Berliner Universitäten, in Potsdam oder in der Offenen Uni Berlins (OUBS).

Sich diese Zeit zu nehmen ist allerdings nicht immer einfach: Gegen den Willen der Studierenden sind in den letzten Jahren zahlreiche Strukturveränderungen durchgesetzt worden, die ein selbstbestimmtes Studium schwerer gemacht haben. Eng strukturierte Stundenpläne und Maluspunkte, die das Abweichen vom vorgegebenen Takt bestrafen, sollen dafür sorgen, dass Studierende möglichst schnell und scheinbar effizient durchgeschleust werden.

Die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen ist ein Beispiel dafür: Statt mögliche Vorteile dieser Studienreform beispielsweise in Bezug auf den einfacheren Übergang zwi-

schen verschiedenen Stufen zu nutzen, wird sie an dieser Universität wie auch anderswo vor allem genutzt, um den Großteil der Studierenden kostengünstig binnen drei Jahren verwertbar für den Arbeitsmarkt zu machen, während das Weiterstudieren im Master nur für eine durch Auswahlverfahren selektierte Elite möglich sein soll.

Mit der Einführung von Studiengebühren, die auch in Berlin ab 2006 drohen, wird sich dieser Druck noch einmal erhöhen. Durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das bundesweite Verbot von Studiengebühren zu kippen, ist eine neue Diskussion um die Einführung entflammt, die uns in den nächsten Jahren noch viel beschäftigen wird.

Die Zeiten, in denen ihr anfangt zu studieren, sind also nicht gerade die besten, wenn es darum geht ein Studium zu absolvieren, dass sich nicht den direkten Verwertungszwängen unterordnet. Falsch wäre jedoch der Eindruck, dass ihr nun die Studierendengeneration seid, für die alles schwerer wird, während bis vor kurzem paradisiische Zustände herrschten: Ein Studium, dass genug Freiraum lässt, um selbstbestimmt lernen zu können, war nie selbstverständlich, sondern war immer Gegenstand von Kämpfen in der und um die Universität.

Sich den Verhältnissen beugen und auf bessere Zeiten warten, wäre also die falsche Antwort auf die aktuelle Situation. Vielmehr geht es darum, den Kampf fortzusetzen. Diese Universität ist nicht einfach nur ein Lernort, an dem wir ein paar Jahre zu Besuch sind. Diese Universität ist ein Raum, in dem wir lernen und leben und den wir selbst gestalten müssen! Begreift diese Uni als Eure Uni. Wir Studierende sind keine Kunden, die lediglich herkommen, um vorgegebene Inhalte abzurufen. Nehmt, und dort wo es schwieriger wird, erkämpft Euch den Raum, den Ihr braucht.

Das ist nicht einfach angesichts einer Universitätsleitung, die uns 40.000 Studierende vor allem als Last empfindet und der es darum geht, die FU so elitär wie möglich zu machen. Angesichts einer Universitätsleitung, die letztes Jahr

gegen den massiven Protest von Studierenden der Streichung von über 80 Professuren und der Schließung ganzer Fächer zugestimmt hat. Und angesichts einer Universitätsleitung, die sich für Studiengebühren ausspricht und die selbstorganisierte studentische Cafes aus der Uni verdrängen will.

Und doch lebt diese Universität gerade auch davon, dass es immer noch genug Studierende gibt, die sich dem von der Universitätsleitung propagierten Eliteimage der FU widersetzen, indem sie die Universität auf ihre Weise mitgestalten. So gibt es auch in diesem Semester wieder zahlreiche selbstorganisierte Veranstaltungen: Das sind Seminare, Lesekreise und andere Veranstaltungen, in denen Studierende ihren Lernprozess selbst in die Hand nehmen. Eine Übersicht dazu findet ihr im *Alternativen Veranstaltungsverzeichnis*, das jedes Semester herausgebracht wird. Die Fachschaftsinitiativen, die es in fast jedem Fach gibt, organisieren nicht nur Colloquien, Lesekreise und Erstsemesterfahrten, sondern mischen sich auch aktiv in das Geschehen im Fachbereich ein, und die bedrohten, aber immer noch existierenden studentischen Cafes, die den Freiraum bieten, auch mal mitten im hektischen Großbetrieb der Universität auszuspannen, existieren nur, weil es immer wieder Studierende gibt, die sich für diese kommerzfreien Zonen einsetzen. Macht euch also nicht das Motto »Hauptsache, ich komm irgendwie durch« zu eigen, sondern erkämpft euch die Zeit und den Raum, den ihr braucht.

Wenn eine Universität nicht ein Karrieresprungbrett für die zukünftig herrschenden Eliten, sondern eine verantwortliche Institution in der Mitte der Gesellschaft sein soll, dann müssen wir uns auch die kritische Frage stellen, welche Rolle wir in diesem Spiel eigentlich einnehmen: Machen wir mit beim Leistungsdruck und dem inszenierten Konkurrenzkampf? Jede gegen Jeden um die Eliteplätze dieser Gesellschaft? Ignorieren wir, dass diejenigen von uns, die neben dem Studium arbeiten müssen oder aus ande-

ren Gründen benachteiligt sind, strukturell diskriminiert werden und auf der Strecke bleiben? Nehmen wir in Kauf, dass Arbeitslose für 1 Euro die Stunde in den Unibibliotheken arbeiten müssen und ausgebeutet werden, während wir an unseren Karrieren basteln? Und ist es uns egal, dass durch die Verschärfung von Zulassungsbedingungen immer größere Teile der Gesellschaft aus den Universitäten ausgegrenzt werden?

Oder widersetzen wir uns diesem Konkurrenzdruck und lassen uns nicht gegeneinander und gegen andere ausspielen? Wehren wir uns gegen Repression und Kontrolle, lassen Anwesenheitslisten in Seminaren verschwinden und erkämpfen uns Räume, in denen herrschaftsfrei und selbstbestimmt gelernt werden kann? Fin-

den wir Wege, um solidarisch zusammen zu Studieren, und nicht nebeneinander und gegeneinander, sondern miteinander und voneinander zu lernen? Kämpfen wir für die Öffnung der Universität ohne Zugangshürden, damit sie zu einem Ort gesellschaftlicher Debatten wird, zu dem Jede und Jeder Zugang hat?

Macht den Elite-Hype nicht mit! Akzeptiert nicht die Verhältnisse, die Euch einengen, sondern nehmt die Uni selbst in die Hand! Über die Aktivitäten und das Beratungsangebot des AStA könnt ihr Euch am Infotisch vor den Hörsälen und im Internet unter [www.astafu.de](http://www.astafu.de) informieren. In diesem Sinne wünsche ich Euch allen einen guten Start in ein spannendes erstes Semester an der FU.



#### ■ Neuauflage:

Zum Wintersemester 2005/2006 wird es eine Neuauflage des Erstsemester-Infos »Mein erstes Semester« geben.

Herausgegeben wird das Heft mit praktischen Tipps zum kritischen Uni-Alltag und zum subversiven Leben in der Stadt vom AStA der Freien Universität. Die interessantesten Texte und wichtigen Informationen sind natürlich nicht nur für Erstis spannend. Konzeptioniert und entworfen wird »Mein erstes Semester« gemeinsam vom Fachschafts- und vom Öffentlichkeitsreferat des AStA FU.

Ihr erhaltet »Mein erstes Semester« in eurer Fachschaftsinitiative und natürlich in der AStA-Villa in der Otto-von-Simson-Str. 23 (gegenüber der Mensa 2 in der Silberlaube).

# NICHT AUS DEM TAKT GERATEN

von david gutzmann

## [ von »kleinen Rädchen« und »Reibungsverlusten«

In den neuen Bachelor- und Masterstudiengängen werden Prüfungsleistungen zu meist studienbegleitend erbracht. Zusammen mit der Notwendigkeit sich in diesen Studiengängen für Module und Lehrveranstaltungen anmelden zu müssen, steigt der Aufwand für die Prüfungsverwaltung im Vergleich zu Diplom- oder Magisterstudiengängen um ein Vielfaches. Um dem immer größer werdenden Chaos Einhalt zu gebieten, wird nun zum Wintersemester 2005/06 an der Freien Universität Berlin eine neue Software zur Prüfungsverwaltung eingeführt. Die zur Zeit im gleichnamigen Projekt *Campus Management* in Zusammenarbeit mit SAP entwickelte Software ist allerdings nicht der erste Versuch der Hochschulleitung die Auswirkungen der Bologna-Reform auf die Prüfungsverwaltung beherrschbar zu machen.

Waren in den bisherigen Studiengängen nur etwa zehn Prüfungsleistungen pro Studierender zu verwalten, so ist diese Zahl bei den neuen Studiengängen bedeutend größer. Nunmehr ist auch die Anmeldung zu Modulen und den dazugehörigen Lehrveranstaltungen obligatorisch. Jede dieser Anmeldungen muss im zuständigen Prüfungsbüro<sup>1</sup> vermerkt werden. Hinzu kommen Ab- und Ummeldungen, die erreichten Noten, die erworbenen ECTS-Punkte und gegebenenfalls anfallende Maluspunkte. Was bis jetzt die Scheine aus Papier und die mit der Rückmeldung verschickten Studienbuchseiten waren, ist ab dem Wintersemester 2005/2006 für die Studierenden in den Bachelor- und Masterstudiengängen, sowie für die Studierenden des modularisierten Diplomstudiengangs am OSI das elektronische Studienbuch. Sollte zum erfolgreichen Ablegen einer studienbegleitenden

Prüfungsleistung die Erfüllung einer Anwesenheitsquote erforderlich sein, wird auch die regelmäßige Anwesenheit im elektronischen Studienbuch verwaltet werden müssen.

### Datenschutz?

Bislang wurden personenbezogene Daten über Studierende vor allem in Karteikästen und Hängeregistaturen gelagert. Sind sie in elektronischer Form gespeichert, ergeben sich völlig neue Möglichkeiten der »Verarbeitung«. So ermöglicht die umfassende Zusammenführung der verschiedenen Daten erstmals die zeitnahe Auswertung nach fast beliebigen Kriterien. Die hochschulweite Kontrolle der Anwesenheitsquoten ist zudem kaum ohne den Rückgriff auf weitere technische Hilfsmittel wie etwa Chipkarten<sup>2</sup> vorstellbar.

Durch das studienbegleitende Erbringen von Prüfungsleistungen erweitert sich die Anzahl derer, die Prüfungen abnehmen – und die jeweiligen Noten in der Software eintragen – deutlich. Zum Kreis der BenutzerInnen der Software treten die MitarbeiterInnen in den Prüfungsbüros, sowie sämtliche mit der Software verwalteten Studierenden<sup>3</sup> hinzu. Allein durch die Anzahl der BenutzerInnen sind die Anforderungen an die Software bezüglich Zugriffsschutz, Stabilität und Ausfallsicherheit enorm.

Die Studierenden müssen daher von der Hochschule erwarten können, dass die gesetzlichen Anforderungen an ein solches Softwaresystem hinsichtlich des Datenschutzes und der Datensicherheit voll erfüllt werden. Dass dies mitunter nicht immer der Fall ist, zeigen die Erfahrungen mit dem Vorgängerprojekt HISPOS.

### Da war doch was...

Im Rechenschaftsbericht des Präsidiums der FU für die Jahre 1999 bis 2001 wird die Prüfungsverwaltungssoftware HISPOS der HIS GmbH<sup>4</sup> als »wesentlicher Baustein« zur Bewältigung »aktueller Anforderungen« benannt. HISPOS wird dort die Fähigkeit angedichtet, nicht nur die nötige Effizienzsteigerung der Prüfungsverwaltung »aufgrund der Vorgaben zur Personalre-

duzierung« zu leisten, sondern auch »die gleichzeitige Bewältigung von zusätzlichen Aufgaben für die Prüfungsverwaltung bei der Einführung der Modularisierung von Studiengängen, Leistungspunktesystem und gestuften Abschlüssen«. Bis der Hochschulleitung auffiel, dass ihre hochtrabenden Hoffnungen von HISPOS nicht erfüllt wurden und die Software darüberhinaus, wie die Datenschutzbeauftragte der FU in einem Problembereich an den Berliner Datenschutzbeauftragten im September 2004 bemerkte, »geltenden datenschutzrechtlichen Anforderungen nicht genügt«, vergingen gut zwei Jahre. Im vergangenen Jahr wurde schließlich die weitere Einführung gegen den Willen des Berliner Senats gestoppt und Anfang 2005 das Projekt *Campus Management* auf den Weg gebracht. HISPOS wird weiterhin an über 160 Hochschulen eingesetzt, ist immer noch die Standardsoftware auf diesem Gebiet und ein gutes Beispiel dafür, wie blind Hochschulleitungen in die Auswirkungen der so genannten Bologna-Reform stolpern.

Aus der Projektleitung von *Campus Management* ist zu vernehmen, dass im kommenden Wintersemester die neuen Studiengänge ohne eine funktionierende Software zur Prüfungsverwaltung - aufgrund der zu erwartenden völligen Überforderung der Prüfungsbüros - nicht mehr studierbar wären. Der sich daraus ergebende Zeitdruck ist immens, teilweise hausgemacht und ein prima Argument aus der Sparte »Sachzwang«, um die vermeintlich unumgänglichen Reformen noch schneller umzusetzen. Dass dabei der alles beherrschende Zeitdruck ebenso entstanden ist und sich aus der besonders schnellen Umsetzung der Reformen nährt, wird auch auf studentischer Seite gerne übersehen.

### Gleichmacherei

Im Rahmen des Projekts wird momentan auch am so genannten Akademischen Kalender gearbeitet. Dieser legt für die gesamte Hochschule einheitliche Fristen fest. Neben den einleuchtenden Terminen für Semesterbeginn und -ende, Beginn und Ende der vorlesungsfreien Zeiten und Ähnlichem ist im Entwurf des Akademi-

## REIBUNG VERLUSTE

Die im Herbst zu erwartenden Anfangsschwierigkeiten dürften der Größe des Projekts *Campus Management* entsprechen. In der Projektleitung wird in diesem Zusammenhang von »Reibungsverlusten« gesprochen. Wer durch welche Reibung welche Verluste machen wird, scheint klar. Sie werden behaupten, dass im Großen und Ganzen ja alles gut laufe und die Probleme höchstens individueller Art seien. Daher kann ein erfolgreicher Weg zu Widerstand gegen diesen Umbau der Hochschule nur einer sein, der aus der Vereinzelung herausführt. Wir müssen für den Herbst Formen finden, die die individuellen Probleme sichtbar machen und aufzeigen können, dass sich durch alle diese Probleme ein roter Faden zieht.

Wer sich schon jetzt engagieren möchte, wendet sich bitte an den Arbeitskreis Hochschulpolitik oder das Referat für Studienangelegenheiten beim AStA FU:

»akhopo@list.spline.de«, oder: »studienangelegenheiten@astafu.de«

› schen Kalenders auch ein einheitlicher Termin für die Berechnung der Maluspunkte vorgesehen. Von diesem Termin aus rückgerechnet sollen Termine festgelegt werden, bis zu denen DozentInnen die Note ermittelt und in der Software eingetragen haben müssen. Dieser Logik entsprechend endet die Abgabefrist für Hausarbeiten dem Entwurf nach in der dritten März- bzw. ersten Septemberwoche. Konsequenterweise werden die Beteiligten die »Probleme« dann auch eher im Konzept Hausarbeit als in der Festsetzung von einheitlichen Fristen zur Abgabe eben jener.

Ebenfalls auf dem Wunschzettel der Hochschulleitung steht die hochschulweite Kapazitätsplanung von Lehrveranstaltungen. Soll heißen, Studierende müssen sich frühzeitig zu Veranstaltungen anmelden. Ist eine Veranstaltung voll, verlost die Software dann die Plätze unter den Anmeldungen. Wer nicht alle Zugangsvoraussetzungen erfüllt, hat hierbei keinerlei Chance, berücksichtigt zu werden – »aus dem Takt geraten« heißt das dann in der Projektleitung.

Studierende werden im Zuge der Umstrukturierung zunehmend gläsern und ausschließlich zum gut funktionierenden Rädchen getrimmt. Ein von Neugier und Interesse getriebenes Studium ist unter diesen Umständen nicht mehr

vorstellbar und wohl auch nicht mehr Teil des Plans. Die verschulte Universität bekommt damit auch die entsprechenden Instrumente an die Hand – Klassenbuch, Sitzenbleiben und Rauschmiss inklusive.

### ■ Endnoten

- 1 Teilweise sind hierfür noch die Dekanate zuständig.
- 2 Zum Thema Chipkarten im Umfeld der Hochschule existiert ein ausführlicher Reader der Landes-ASten-Konferenz Berlin (*Chipkarte.Hochschule.Datenschutz: Der LAK-Chipkartenreader / Landes-ASten-Konferenz Berlin; 2003*)
- 3 Vorgänge wie das Anmelden zu Modulen und Lehrveranstaltungen werden von den Studierenden durch »Selbstbedienung« erledigt.
- 4 Die Gesellschafter der Hochschul-Informationssystem GmbH sind der Bund und die Länder. Die Finanzierung der HIS GmbH erfolgt zu einem Drittel durch den Bund und zu zwei Dritteln anteilig durch die Länder.

### ■ Literatur:

*Rechenschaftsbericht des Präsidiums der Freien Universität Berlin 1999-2001:*  
<http://www.fu-berlin.de/zukunftwissen/FU-Rechenschaft.pdf>; (vorgelegt am 17. Juli 2002)

# StuPa kritisiert »Campus-Management«

Resolution des Studierendenparlaments der FU Berlin zum Projekt *Campus Management*

Das 24. Studierendenparlament lehnt die Einführung des zur Zeit im Rahmen des Projekts *Campus Management* entwickelten Prüfungsverwaltungssystems ab und fordert die Aussetzung der Implementierung der Software. Insbesondere die im Rahmen des Projekts geplanten universitätsweit einheitlichen Fristen für die Abgabe von Hausarbeiten und die Anmeldung zu Lehrveranstaltungen und Prüfungen werden den unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Anforderungen der verschiedenen Studiengänge in keinsten Weise gerecht und daher verurteilt. Die damit einhergehenden Konsequenzen für die Studierenden sind nicht tragbar.

Die Möglichkeiten der massiven Kontrolle und Überwachung schränken die Gestaltbarkeit eines entlang der individuellen Lebensumstände und Interessen ausgerichteten Studiums massiv ein. Zudem greift das System gravierend in die Gestaltung der Studienordnung ein, deren Ausformung jedoch den Gremien der Fachbereiche bzw. Institute obliegt.

Das Studierendenparlament kritisiert den intransparenten und undemokratischen Verlauf des bisherigen Prozesses und fordert die Universitätsleitung auf, die Studierenden und MitarbeiterInnen umgehend über alle Planungen umfassend und zeitnah zu informieren. Darüber hinaus wird das Gesamtprojekt als elementarer Bestandteil der Entwicklung weg von der Gruppenuniversität und hin zu Dienstleistungsunternehmen mit Management und Aufsichtsrat abgelehnt.

Das 24. Studierendenparlament fordert die Universitätsleitung auf – sofern sie weiterhin am Projekt festhält -- dafür Sorge zu tragen, dass allen Anforderungen des modernen Datenschutzes genüge getan wird, dies bedeutet insbesondere eine strenge Rechtevergabe für den Datenzugriff und eine strenge Zweckbindung der erhobenen Daten und dass soweit möglich von Anonymisierung, Pseudonymisierung und allen sonstigen Maßnahmen, welche geeignet sind die Grundsätze der Datensparsamkeit und Datenvermeidung umzusetzen, gebrauch gemacht wird.

resolution

# Verlorener Kampf?

Zur Verdrängung kritischer Wissenschaft aus den Universitäten

## von marcus grätsch Neuer Aufbruch!

**D**as Bewußtsein um die Abwicklung und Herausdrängung kritischer Wissenschaften aus den bürgerlichen Universitäten gewinnt in der jüngsten Zeit an Schärfe. Ließe sich schon vor Jahren in dem aufgewühlten Kielwasser des in der Krise dahin eiernden Dampfbootes »Marxismus« aufschreiben, sich der »restlosen Zerstörung der Universität« (Narr, 1987) zu widersetzen, so tauchen erst jetzt neue selbstorganisatorische Assoziationen auf, die sich den herrschenden Zuständen widersetzen wollen.

### Von der Ordinarienuiversität ...

Die staatlich organisierten Ordinariensuniversität mußten sich aufgrund der Kämpfe um 1968 den Drücken des Aufbegehrens von Studierenden, kritischen AssistentInnen und außeruniversitären Kräften beugen und sich in Richtung mehr Demokratie öffnen. Damit einher ging, den kontinuierlichen Kampf in der Gesellschaft durch kritische Reflexion an der Uni nun insitutionell abgesichert zu unterstützen.

Der Zugang zur Universität wurde durch ein »Grundrecht auf Bildung« auch Kindern aus

vormals »bildungsfernen« Schichten gewährt, zumindest theoretisch. Praktisch sorgte dieses Recht nie für eine gleiche Widerspiegelung der gesellschaftlichen Klassenverhältnisse an den Universitäten.

### ... zur Massenuniversität

Die sich herausbildende Massenuniversität während der Krise der fordistisch geprägten arbeitsteiligen Gesellschaft hatte von Beginn an mit einer strukturellen Problematik zu kämpfen: der Mangel an Geld.

Dennoch blieb die Universität ein in den Staat integrierter Vorhof zivilgesellschaftlicher Kämpfe um politischer Hegemonie in der Gesellschaft.

Sie war und ist auch einer der Orte in denen sich der machtvoll und keineswegs herrschaftsfreie Kampf abspielt, der mittels Wissen und Wissensproduktion versucht gesellschaftliche Regulierung von Krisen in erste programmatische Formen zu pressen.

Bei der Transformation der fordistischen Gesellschaft in die postfordistische leisten die WissensproduzentInnen in der Universität ihren Beitrag zur Reregulierung der globalen Akku-

mulationsregime. Mit der Verschiebung der Verbesserungsmöglichkeiten zur Steigerung der Produktivkräfte in der rational tayloristisch gesteuerten Fabrik von den Produktionshallen in die wissensbasierten Wasserköpfe der Verwaltung, wandeln die Universitäten sich zugleich mehr als zuvor zu Ausbildungsorten des Personals für die komplexer werdenden verdinglichten Verwaltungsvorgänge. Durch den menschlich gemachten Sachzwang der knappen finanziellen Mittel verbetriebswirtschaftlicht sich die scheinbar autonome Universität im Wettbewerbsstaat.

### Von 68 ...

Mögen die Kämpfe um und nach 68 zum Teil durch postmaterialistische Werte geprägt gewesen sein, so zielten die in bereits verdinglichten Zusammenhang stehenden Selbstverwirklichungsforderungen bereits auch beim Ausrufen der »kritischen Universität« im Wintersemester 1967/1968 in Berlin and der FU auf ein »legitimes Interesse an Sicherheit und Erfolg ihrer künftigen beruflichen Entwicklung; [die Studierenden] haben ein unmittelbares Interesse an einem lebendigen und ökonomisch organisierten Studium«. Dieses Interesse ist »bedroht durch die unzureichenden Studieninhalte und Lernmethoden, die den heutigen und künftigen Anforderungen des Berufslebens nicht gerecht werden« (AStA FU 1967/68: S.2f.). Das Studium sollte also praxisrelevanter sein, statt auf revolutionäre Praxis ausgerichtet, versuchten die handelnden Menschen darauf abzu zielen einen Wettbewerbsvorteil zu erzielen im enger wer-

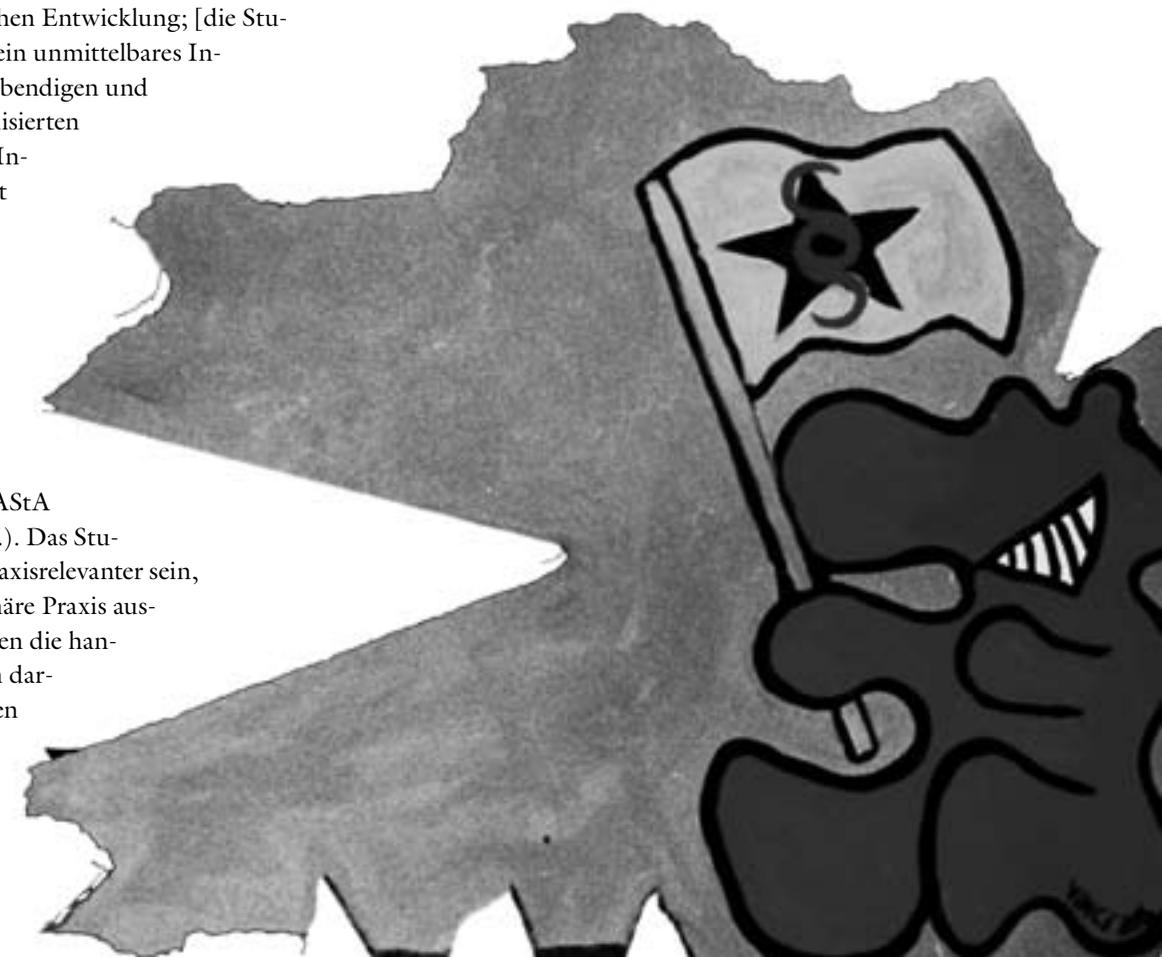
renden Arbeitsmarkt von höher qualifizierten Angestellten mit analytischen Fähigkeiten.

Statt in Fabriken zu schuften galt es einen gemütlicheren Arbeitsplatz in der Sphäre der immateriellen Produktion zu ergattern. Statt nonkonformistisch sich den Zwängen zu widersetzen, galt es konstruktiv mit ihnen umzugehen.

### ... über 88/89 ...

In der schnelllebigeren Welt in der die eigene Perspektive zusammen schrumpfte, schrumpfte die in negatorischer Absicht betriebene Kritik der Gesellschaft zusammen. Sie würde in noch mehr Perspektivlosigkeit münden angesichts der sich verändernden Kräfteverhältnisse von Arbeit und Kapital.

Die letzten heftigeren emanzipatorischeren Streiks Studierender 88/89 erkämpften zwar wieder Orte kritischer Reflexionsmöglichkeit innerhalb der Uni, ein Teil der damaligen



Studierenden wanderte in die sozialen Bewegungen oder passte sich der gesellschaftlichen Normalität an, auf insitutionell abgesicherten Posten in der Universität kam so gut wie niemand. Diesem letzten kritischen Aufbegehren linker Studierender folgten nur noch überwiegend Forderungen nach effizienter, betriebswirtschaftlich organisierter Universitäten in denen das Preis-Leistungs Verhältnis wichtiger ist als die Befreiung aus derartig verdinglichten Herrschaftszusammenhängen. Linke ProfessorInnen haben sich hier schon überwiegend heraus gehalten.

Weitere Verschiebungen der Kräfteverhältnisse, in der sich ständig auf neue Höhen schraubenden Bewertungsmaschinerie, neue Effizienzkriterien anwendungsorientierter Forschung und Lehre trockneten die Finanzierungsquellen von Lehrstühlen mit linken ProfessorInnen zusehends aus. Mit der Einstellung Freiheiten zu haben und anderen Freiheiten zu gewähren, wurde eher auf Selbstorganisation gesetzt statt der Organisation qua herausgehobener Stellung noch mehr nachzuhelfen, die Nachwuchsarbeit linker ProfessorInnen ging während eines Eiertanzes in sich ansonsten verhärtenden Verhältnissen systematisch verloren.

Hinzu kam die sich stärker vollzogene Trennung linker WissenschaftlerInnen von sozialen Bewegungen, die von beiden Seiten zumeist aktiv betrieben wurde. Einerseits qua avantgardistischer Haltung die den anderen erzählen wollte was Sache ist, andererseits einem Anhängen an einer reformistisch orientierten Realpolitik die qua Reformismus, Parlamentarismus und Lobbyismus versuchte die staatliche Politik und die Gesellschaft zu beeinflussen. Zuviel Theorie wurde unpraktisch, die Dialektik verträgt keine Hektik.

#### ... zum Unternehmen »Universität«

Verbetriebswirtschaftlichung, die zunehmende Entdemokratisierung des Unternehmens »Uni-

versität« ließen das Fächerangebot und die finanzielle Mittelzuweisung zunächst zu Gunsten naturwissenschaftlicher Fächer verschieben um dann innerhalb aller Fächer die für kapitalistische Gesellschaft wichtige Praxisfrage zu stellen: zu welchem Zweck dient die Wissenschaft, die von steuerlich finanzierten Geldern durchgeführt wird?

Und da das alte »Geld-Ware-Geld«-Spiel auch hier gilt, verlangt das sich zugunsten des Kapitals verschobene Kräfteverhältnis in der Gesellschaft eine stärkere Orientierung der Wissensproduzentinnen und -produzenten auf die Möglichkeit mehr Geld zu schaffen. Der Effizienz und Nachhaltigkeit Hammer der nach ach so schönem Wohlstand strebenden Gesellschaft zerstört die letzten Reste vernunftgeleiteter Kritik. Nur die instrumentelle Vernunft darf sich austoben, auch mal Risiken eingehen und Forschungsgelder verprassen um eventuell neue Methoden der Kapitalakkumulation zu entwerfen.

Aber wie eingangs erwähnt hat sich nicht die ganze Hochschullandschaft damit abgefunden sich dem Juggernaut Rad des Kapitals zu unterwerfen, beispielsweise etabliertere Zusammenschlüsse wie der Bund der demokratischen WissenschaftlerInnen, neue wie die der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AKG), reflect! - Assoziation für politische Bildung und Gesellschaftsforschung, die Offene Uni BerlinS sowie zahlreiche andere Initiativen weltweit stellen sich dem entgegen.

#### ■ Literatur:

*ASTA FU Berlin (Hg.) Wintersemester 1967/1968: »Kritische Universität – Freie Studienorganisation der Studenten in Berliner Hoch- und Fachhochschulen, Provisorisches Verzeichnis«*

*weitere Informationen unter: [www.reflect-online.org](http://www.reflect-online.org)*



#### ■ Homophobie, Sexismus und Beleidigung im StuPa

Die Fraktionsgemeinschaft aus RCDS und der Liste »Alle fürs Semticki/ Semticki für alle«, deren Mitglieder sich teilweise auch aus dem RCDS oder der Jungen Union rekrutieren, machen derzeit mit homophoben, sexistischen und beleidigenden Äußerungen während der Sitzungen des Studierendenparlaments auf sich aufmerksam. So wurde während der letzten Sitzung des StuPas am 14. Juni zu den Tagungsordnungspunkte Entlastung und Neuwahl des Schwulenreferats ein Zeitungsartikel aus der FAZ mit dem Titel »Papst rügt 'Pseudo-Ehen'« ausgeteilt, in dem sich Papst Benedikt XVI. in einer Ansprache gegen homosexuelle Lebensgemeinschaften ausspricht. Zudem kandidierte ein Mitglied des RCDS für den Referatsposten (außerhalb der eigenen Vollversammlung) mit den Worten: »Den Schwulen muss geholfen werden.«. Während der zweiten Sitzung des StuPas am 21. April bezeichnete ein anderes Mitglied der »Semticki«-Liste, Martin Jehle, eine Studentin mit einem französischen Akzent als »Mäuschen«; während der ersten Sitzung am 10.02.05 wurde die Annahme einer Resolution gegen Studentenverbindungen an der FU mit den Worten »Alles Faschisten!« aus ihren Reihen kommentiert. Zwischenrufe, Störungen der Sitzung, sowie Beleidigungen einzelner Mitglieder des Studierendenparlaments finden permanent statt.

#### ■ Neues Semesterticketbüro

Im kommenden Wintersemester wird es wie angekündigt für die FU Studierenden wieder ein Semesterticket geben. Leute, die sich vom Semesterticketbeitrag befreien lassen, einen Antrag auf Zuschuss zum Semesterticket stellen wollen oder Fragen zum Semesterticket haben, können sich an das Semesterticketbüro des ASTA FU wenden. Bisher war das Büro unter einem imensen Kostenaufwand für die Studierendenschaft von dem Studentenwerk verwaltet worden. Nach dem Willen des ASTA FU wird sich das im kommenden Semester ändern. Zudem wird sich das neue Semesterticketbüro um einen möglichst unbürokratisch und unkomplizierten Umgang mit den AntragstellerInnen bemühen, um so den Sozialfonds für möglichst viele Studierende zu öffnen.

#### Semesterticketbüro ASTA FU Berlin

Thielallee 36,  
14195 Berlin,

Tel: 030- 83 90 91 40

Dienstag und Mittwoch 10-14 Uhr  
Donnerstag 14-18 Uhr

Da die Verhandlungen bezüglich der Organisation des Semesterticketbüros leider immer noch nicht abgeschlossen sind, gilt diese Regelung nur provisorisch und vorbehaltlich. Aktuelle Infos findet Ihr unter [www.astafu.de](http://www.astafu.de)

# Kein Schlusstrich

## Ernst Nolte und die Neubewertung der deutschen Vergangenheit

von sven scheuer

*»Man muß nicht germanophob sein, um sich verwundert zu fragen, was eigentlich so normal daran sei, daß eine Nation, die solches Grauen verursacht hat, sobald wieder dermaßen erstarkt ist.«*

*Moshe Zuckermann<sup>1</sup>*

Das an bundesdeutschen Universitäten neben heißer Luft auch handfeste Ideologie produziert wird, sollte hinlänglich bekannt sein. Die Behauptung, das Gedanken die Staat und Kapital nützen könnten, von Forschern und Denkern an den Hochschulen aufgegriffen und verwissenschaftlicht werden, um dann als verbürgte Erkenntnisse in die Gesellschaft zurück zu wirken, ist nicht von der Hand zu weisen. Die Freie Universität bildet dabei von jeher keine Ausnahme. Auch an dieser Hochschule war und ist es gängige Praxis, dass Wissenschaftler Auffassungen aufgreifen die schon längere Zeit außerhalb von Universität und Wissenschaft kursieren, um diese dann in einem wissenschaftlichen Gewand verpackt, als Ergebnis ihrer Forschung erneut unter die Leute zu bringen. Der Fall von Ideologieproduktion um den es hier gehen soll liegt nun schon fast 20 Jahre zurück und seine Hauptperson heißt Ernst Nolte.

### Ernst Nolte: Ein Professor an der Freien Universität Berlin

Ernst Nolte war lange Jahre Professor für Neuere Geschichte an der FU und veröffentlichte Mitte der Achtziger Jahre einen Aufsatz, mit dem er einerseits viele Leute gegen sich aufbrachte und andererseits auch vielen Menschen aus dem Her-

zen gesprochen zu haben scheint. Über Noltes genaue Inspiration und Motive für einen solch offensichtlich kontroversen Artikel zu veröffentlichen, kann heute freilich nur noch spekuliert werden. Es ist aber zu vermuten, dass es Ernst Nolte, wie viele seiner Zeitgenossen auch, immens störte, dass sich die deutsche Vergangenheit so sehr von derer anderer Nationen unterscheiden sollte. Deshalb entschloss sich der Hochschullehrer wohl, einige Dinge bezüglich der Geschichte seines Landes ins rechte Licht zu rücken. Als Forum dafür wählte Nolte aber nicht seine Geschichts-Vorlesungen im Friedrich-Meinecke-Institut der FU, die er auch Jahre nach seiner Emeritierung 1991 noch hielt<sup>2</sup>.

### Der Historikerstreit

Der Rahmen seiner Vorlesungen an der FU war Ernst Nolte Mitte der Achtziger Jahre wohl zu klein, um seine »neue« Sicht auf die deutsche Vergangenheit massenwirksam zu verbreiten. Der Feuilleton einer großen überregionalen Zeitung sollte es schon sein und so erschien am 6. Juni 1986 in der FAZ sein Aufsatz: »Die Vergangenheit die nicht vergehen will«, der dann als Auslöser des sogenannten »Historikerstreits« bundesdeutsche Wissenschaftsgeschichte schrieb. Der Historikerstreit kann als eine Kontroverse zwischen deutschen Historikern, Philosophen und Journalisten, über die Bewertung der Deutschen Vergangenheit umschrieben werden. Dabei standen vor allem zwei Fragenkomplexe im Vordergrund über die in den Feuilletons heftig diskutiert wurde: Zum einen die »Frage der Einzigartigkeit des nationalsozialistischen

Judenmordes« und zum anderen »Fragen [...] die mit dem Krieg gegen die Sowjetunion zusammenhängen«<sup>3</sup>. Der »Historikerstreit« wurde danach auch in den Spalten großer überregionaler Zeitungen wie der *Zeit* und der *FAZ* ausgefochten und erreichte damit eine große Öffentlichkeit weit über die Universitätsgrenzen hinaus. Die Fronten des Konfliktes verliefen zwischen »neokonservativen« Historikern wie Ernst Nolte, Michael Stürmer, Andreas Hillgruber und Joachim Fest auf der einen und »links-liberalen« Intellektuellen wie Jürgen Habermas auf der anderen Seite, die Nolte und Kollegen vorwarfen eine unzulässige Neubewertung der deutschen Vergangenheit vornehmen zu wollen.<sup>4</sup> Am Ende der Kontroverse hatte es den Anschein, als habe sich Letztere durchsetzen können. Das sich diese Annahme aber als großer Irrtum herausstellen sollte und die einst kontrovers diskutierten Thesen die Ernst Nolte und Kollegen in den Achtziger Jahren erstmals vertreten haben, inzwischen in großen Teilen fester Bestandteil des nationalen Selbstverständnis vieler Deutscher sind, soll hier gezeigt werden. Der Marburger Historiker Gerd Wiegel bemerkte dazu: »...trotz vielfältiger Unterscheidungen, baute die weitere neokonservative Umwertung der Vergangenheit auf den Thesen der konservativen Teilnehmer des Historikerstreites auf. Wurde dieser nach 1986 als intellektuelle Niederlage der Konservativen gewertet, so muß, was die längerfristigen Wirkungen betrifft, mit einem Blick auf die Gegenwart dieses Urteil revidiert werden, nimmt man als Maßstab die Verankerung damaliger Thesen im öffentlichen Bewusstsein heute.«<sup>5</sup>

Im Folgenden soll die Argumentation Noltes beispielhaft an seinem Artikel »Die Vergangenheit die nicht vergehen will« (»Die Vergangenheit«) vom 6. Juni 1986 nachgezeichnet werden um anschließend zu zeigen, dass Teile des dort auftauchenden Argumentationsmusters auch im aktuellen Diskurs über deutsche Vergangenheit und deutsches Selbstbewusstsein in der Gegenwart auftauchen.

### »Die Vergangenheit, die nicht vergehen will«

Was stellt das größte Hindernis bei einer »Normalisierung« der deutschen Vergangenheit dar? Der Holocaust, der millionenfache Mord an den europäischen Juden. Wann immer nach 1945 deutsche Nationalisten versucht haben die Vergangenheit ihres Landes als mehr oder minder normale Erfolgsgeschichte einer großen europäischen Nation zu zeichnen, musste unausweichlich das historische Faktum der Shoah dieses Bild trüben. Die Shoah schlicht zu leugnen oder klein zu reden war und ist deshalb eine gerne gewählte Option deutscher Nationalisten, ob im wissenschaftlichen Diskurs oder anderswo. Nun ist Ernst Nolte kein Holocaust-Leugner, er ist kein Dummkopf sondern ein renommierter Professor an einer großen deutschen Universität. Er gesteht die »Ungeheuerlichkeit der fabrikmäßigen Vernichtung von mehreren Millionen Menschen«<sup>6</sup> durch die Deutschen in »Die Vergangenheit« selbstverständlich ein. Was geschehen ist lässt sich nicht einfach leugnen, einen »Schlusstrich« unter die deutsche Geschichte zu ziehen, ist seine Sache deshalb nicht.<sup>7</sup> Doch die gültige Deutung der Geschichte seines Landes, so scheint es, will der Wissenschaftler Ernst Nolte nicht hinnehmen. Deshalb sucht er die »Auseinandersetzung« um die Deutungshoheit über die deutsche Vergangenheit. Kein Schlusstrich also der gleichbedeutend wäre mit einem »nicht mehr beschäftigen mit der deutschen Geschichte« – sondern das Gegenteil: Nolte will die Geschichte seiner Nation einer gründlichen Neubetrachtung unterziehen. Wie das aussieht, beschrieb Wolfgang Wippermann, einst Doktorand bei Nolte und heute selbst Professor am Friedrich-Meinecke-Institut der FU, in einem Interview mit der *Jüdischen Allgemeinen* wie folgt: »Sein eigentliches und wichtiges Anliegen war immer, zu verdeutlichen, daß der Kommunismus das eigentliche Übel des zwanzigsten Jahrhunderts war. Daher hatte der Faschismus nach Noltes Logik eine gewisse Rechtfertigung, sich gegen den Kommunismus zu wehren. Die beiden Diskurse, die Nolte damit bedient, sind die Relativierung

des Holocaust und die Umkehrung von Opfern und Tätern.«

### »Schwarz-Weiß-Bilder«

Denn, so fragt Nolte sinngemäß, ist es nicht so, dass wegen der deutschen Schuld am Holocaust »Schwarz-Weiß-Bilder« über die deutsche Vergangenheit vorherrschend sind und die Deutschen allgemein als die alleinigen Täter des 20. Jahrhunderts angeprangert werden? Aber haben denn nicht, so Nolte, selbst amerikanische Soldaten während des 2. Weltkrieges an »Terrorangriffen gegen die deutsche Zivilbevölkerung teilgenommen« und lenkt die »der »Endlösung« gewidmete Aufmerksamkeit [nicht von] entscheidenden Fragen der Gegenwart- etwa des Seinscharakters von »ungeborenen Leben« oder des Vorliegens von »Völkermord« gestern in Vietnam und heute in Afghanistan« ab? Deshalb, so Nolte, solle jede Vergangenheit, auch die deutsche, »in ihrer Komplexität erkennbar werden.«<sup>9</sup> Der FU-Professor sieht daher Grund genug die bekannten Fakten bezüglich der deutsche Geschichte noch einmal gründlich zu prüfen und so formuliert er in »Die Vergangenheit« folgende Fragen:

*»Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler eine »asiatische« Tat vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer »asiatischen« Tat betrachteten? War nicht der »Archipel GULag« ursprünglicher als »Auschwitz«? War nicht der »Klassenmord« der Bolschewiki das logische und faktische Prius des »Rassenmords« der Nationalsozialisten?»*

Fragen über Fragen also, die für Nolte in Wirklichkeit keine sind. Hinter dem Deckmantel rhetorischer Fragen stellt er ziemlich unverblümt die These auf, die Deutschen hätten die Millionen europäischen Juden nur aus Angst vor den barbarischen Sowjets ermordet. Noltens Darstellung lässt den Holocaust nur als eine (vorweggenommene) Reaktion auf eine vermeintliche »bolschewistische Bedrohung« erscheinen. So nimmt der Historiker eine Neuinterpretation der Mo-

tive für den nationalsozialistischen Judenmord vor und relativiert nebenbei die deutschen Verbrechen. Indem Nolte den Holocaust indirekt als »asiatische Tat« bezeichnet, definiert er ihn zugleich als ganz und gar »undeutsches« Ereignis.<sup>10</sup> Die eigentliche Verantwortung für die Shoah, so wird suggeriert, liege nicht bei den Deutschen sondern bei der Sowjetunion. Die eigene, deutsche Geschichte kann so in einem deutlich helleren Licht erscheinen und die Darstellung Deutschlands als eine »normalen Nation« (die inzwischen sogar der »Vorhut unter den humanitären Staaten«<sup>11</sup> zugerechnet wird) mit einer mehr oder minder normalen Geschichte, wird merklich einfacher. Erst kürzlich durfte Nolte im Berliner *Tagesspiegel* nochmals klar stellen, wer seiner Meinung nach »damals« wirklich die Täter waren: » ... während 1938 die Zahl der Todesopfer des Bolschewismus mehrere Millionen betrug, war ihre Zahl in Deutschland trotz aller harten Maßnahmen gegen »Marxisten« und Juden vergleichsweise minimal. Noch 1940 lehnten Himmler und Heydrich Massenvernichtungen als »ungermanisch« und »bolschewistisch« ab.«<sup>12</sup>

Die Argumentation des Historikers in »Die Vergangenheit« noch einmal kurz auf den Punkt gebracht: Es dürfe kein Schlussstrich unter die deutsche Vergangenheit gezogen werden, insofern als dass die Shoah als unleugbarer Teil der deutschen Geschichte anerkannt werden müsse. Der Holocaust sei aber nur *ein* (relativ) dunkles Kapitel in der Geschichte Deutschlands, welche ansonsten insgesamt und im Vergleich (insbesondere zur Sowjetunion) als durchaus normal und in jüngster Zeit entschieden positiv begriffen werden müsse.

### Ernst Nolte und die Gegenwart – Shoah, kein Schlussstrich und trotzdem stolz auf Deutschland

Welche Rolle spielen die Thesen des längst erimierte Ernst Nolte im heutigen Diskurs über deutsche Vergangenheit und das Selbstverständnis der Deutschen Nation und ihrer Bürger? Keine Große möchte man meinen, gilt der

ehemalige Professor für Neuere Geschichte an der FU und darüber hinaus doch heute als eher »umstritten«.<sup>13</sup> Doch weit gefehlt, denn wie im Folgenden gezeigt werden soll, werden Aspekte der von Nolte in den Achtziger Jahren erstmals verwissenschaftlichten Gedanken heute von einer breiten Öffentlichkeit geteilt. So wird Deutschland inzwischen in der Rolle einer normalen, im internationalen Vergleich durchaus erfolgreichen Nation gesehen, von einem Schlussstrich unter die eigene Vergangenheit will mensch aber selbstverständlich nichts wissen. Drei bekannte Namen die sich in den letzten Jahren in der Diskussion über die Geschichte der deutschen Nation und ihre Gegenwart zu Wort gemeldet haben und dabei, bewusst oder unbewusst, Teile von Noltens Argumentation in »Die Vergangenheit« neu aufgegriffen haben, sollen deshalb kurz genannt werden: Der Schriftsteller Martin Walser, die Band Mia. und der Bundespräsident Horst Köhler.

### Martin Walser - Die Deutschen als ein normales Volk

Wenn beispielsweise Martin Walser in seiner berühmten »Moralkeulen-Rede« vom 11.10.98 die Frage stellt: »Aber in welchen Verdacht gerät man, wenn man sagt, die Deutschen seien jetzt ein ganz normales Volk, eine ganz gewöhnliche Gesellschaft«<sup>14</sup>, lässt sich da dem Schriftsteller nicht allzu leicht unterstellen, er selbst habe den Wunsch das Deutschland endlich als eine normale Nation unter vielen begriffen werden solle? Wenn Walser dann fort fährt: »Auschwitz eignet sich nicht, dafür Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule [zu sein]«<sup>15</sup>, will er wohl eben nicht wie vielfach unterstellt, einen Schlussstrich unter die deutsche Geschichte ziehen und die Gräueltaten der Nazis vergessen machen. Es geht ihm, wohl viel mehr darum, ganz in der Tradition Ernst Noltens, »Auschwitz« nur als einen kleinen Ausschnitt aus der deutschen Geschichte begreiflich zu machen, der den Blick auf Deutschland als (inzwischen) »normale« Nation nicht verdecken dürfe.

### Mieze von »Mia.« – sich nicht mehr schämen müssen für Deutschland

Als weiteres Beispiel sollen die Äußerungen der Sängerin der Berliner Pop-Gruppe »Mia.« angeführt werden: »ich hab in der schule ab der siebenten klasse bis hin zum abitur viel über die deutsche vergangenheit gelernt, ich bin geprägt davon. das ging zum teil soweit, dass, wenn man mich im ausland fragte woher ich komme, ich immer schnell berlin gesagt hab, weil ich mich schäme zu sagen, ich bin aus deutschland.«<sup>16</sup> Ihren eigenen Aussagen nach scheint Sängerin Mieze es nicht zu behagen, dass insbesondere im Ausland ein düsteres Bild von Deutschlands Geschichte vorherrschend zu sein scheint. Wie wohl knapp 20 Jahre vor ihr Ernst Nolte, scheint auch sie den Eindruck zu haben, dass das Grauen der Shoah einem »normalen« Deutschland-Bild im Wege steht. Wie der Historiker leugnet die Pop-Sängerin die grausame deutsche Vergangenheit freilich nicht und unterlässt zugegebenermaßen auch alle Aussagen, die einer Relativierung der von Deutschen verübten Gräueltaten gleichkommen könnte. Dennoch scheint es der jungen Frau ein echtes Anliegen zu sein, zu zeigen, wie »normal« Deutschland und die Deutschen inzwischen geworden sind. Als Argument führt sie an, dass sich die überwiegende Mehrheit der Deutschen ja schließlich an Protesten gegen den Krieg im Irak beteiligt hätten. (»85% der deutschen gingen auf die strasse und zeigten ihr gesicht und sagten »nein« zum krieg, ich finde das gut, es sollte sogar normal sein, für den frieden zu sein.«<sup>17</sup>) Wie einst Ernst Nolte in »Die Vergangenheit«, zieht die Sängerin einen Vergleich heran um ihre, die deutsche Nation und deren Bürger, im Vergleich zu einem anderen Land (hier die USA) als besonders friedlich, als besonders aufgeklärt, um nicht zu sagen als »besonders normal« darzustellen.

### Horst Köhler – Kein Schlussstrich!

Als drittes und letztes Beispiel für Zeitgenossen, die bewusst oder unbewusst in Teilen Vorstellungen des »umstrittenen« FU-Professors Ernst Nolte aufgegriffen haben, wenn sie auf Deutsch-

land und dessen Geschichte zu sprechen gekommen sind, sollte der Bundespräsident höchst persönlich genannt werden. Anlässlich seiner Rede zum Tag der Befreiung am 8. Mai 2005 ließ sich Horst Köhler wie folgt zitieren:

*»Es gibt keinen Schlussstrich. [...] Wir werden die zwölf Jahre der Nazidiktatur und das Unglück, das Deutsche über die Welt gebracht haben, nicht vergessen [...]. Aber wir sehen unser Land in seiner ganzen Geschichte und darum erkennen wir auch, an wie viel Gutes wir Deutsche anknüpfen konnten, um über den moralischen Ruin der Jahre 1933 bis 1945 hinauszukommen. Unsere ganze Geschichte bestimmt die Identität unserer Nation. Wer einen Teil davon verdrängen will, der versündigt sich an Deutschland.«<sup>18</sup> Horst Köhlers Rede stimmt mit einigen Kernaussagen in Ernst Noltes Text »Die Vergangenheit« überein: So fordert der Bundespräsident, es dürfe kein Schlussstrich unter die deutsche Geschichte gezogen werden, die Deutschen hätten*

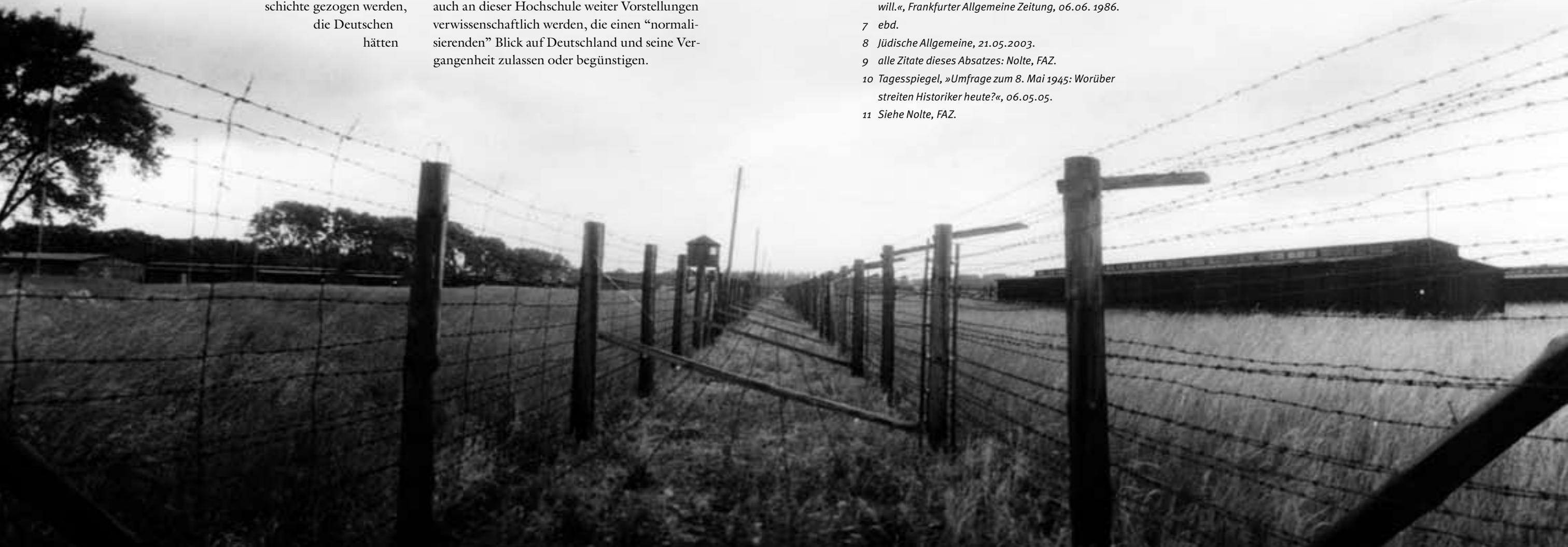
zwar großes Leid über die Welt gebracht, aber man müsse die deutsche Geschichte in ihrer Gesamtheit sehen und da gäbe es eben auch viel positives an das man anknüpfen könne. Selbes Spiel wie bei Nolte: Deutschland und seine Geschichte sollen als eine »normale« Erfolgsgeschichte einer stolzen Nation begreifbar gemacht werden.

#### Ernst Nolte und die Universität heute

Die drei genannten Beispiele haben eines gezeigt. Konzepte wie sie an Universitäten, in diesem Fall von einem Geschichtswissenschaftler der Freien Universität, entwickelt werden, finden in vielen Fällen nachhaltigen Widerhall in der öffentlichen Diskussion. Insofern steht fest, dass Wissenschaft wie sie an Hochschulen betrieben wird, durchaus gesamtgesellschaftliche Auswirkungen haben kann, die nicht zu unterschätzen sind. Ernst Nolte hat die FU offiziell längst verlassen, doch das muss nicht heißen, dass nicht auch an dieser Hochschule weiter Vorstellungen verwissenschaftlicht werden, die einen "normalisierenden" Blick auf Deutschland und seine Vergangenheit zulassen oder begünstigen.

#### ■ Endnoten

- 1 Von Erinnerungsnot und Ideologie, in: *Der Tagesspiegel*, 28.11.1998.
- 2 *Inzwischen hält der über Achtzigjährige nur noch Vorträge Zum letzten Mal auf Einladung des stramm-rechten »Institut für Staatspolitik« am Vorabend des 8. Mai in der Zitadelle Spandau mit dem Titel »Konsens oder Streit um den 08. Mai 1945«; Auszüge seines Vortrags waren in der Berliner Zeitung nachzulesen*, 09.05.05, S. 25.
- 3 *Gerda Wiegel: »Die Zukunft der Vergangenheit – Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie, PapyRossa-Verlag Köln 2001«, S.74 ff.*
- 4 *Vgl. Andreas Hillgruber: »Historikerstreit: Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung«, München 1987; Hans-Ulrich Wehler: »Entsorgung der deutschen Vergangenheit?«, München 1988.*
- 5 *Siehe Wiegel S. 106.*
- 6 *Ernst Nolte: »Die Vergangenheit, die nicht vergehen will.«, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 06.06. 1986.*
- 7 *ebd.*
- 8 *Jüdische Allgemeine, 21.05.2003.*
- 9 *alle Zitate dieses Absatzes: Nolte, FAZ.*
- 10 *Tagesspiegel, »Umfrage zum 8. Mai 1945: Worüber streiten Historiker heute?«, 06.05.05.*
- 11 *Siehe Nolte, FAZ.*
- 12 *Siehe Tagesspiegel, 06.05.05.*
- 13 *»www.ernst-nolte.de«. Hier sinniert der »Meister« höchst persönlich über Fragen wie: »Was ist ein »umstrittener Autor«, und wie sollte er sich verhalten?«*
- 14 *Martin Walser, Quelle: Börsenverein des Deutschen Buchhandels (Hg.): Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1998, Martin Walser. Ansprachen aus Anlaß der Verleihung, Frankfurt/Main 1998.*
- 15 *ebd.*
- 16 *Mieze, Sängerin der Band »Mia.« auf der Labelseite der Gruppe in einer Erklärung zum als deutsch-national kritisierten Text des Liedes »Was es ist« [Kleinschreibung im Original] (www.r-o-t.de/angefangen/philosophie).*
- 17 *ebd.*
- 18 *Horst Köhler: »Begabung zur Freiheit« – Rede bei der Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa, Berlin, 08.05.2005 (Quelle: www.bundespraesident.de).*



Die

# mythen der Freien Universität

von melanie guba und ralf hoffrogge

Am 2. Juni 1967 wurde der FU Student Benno Ohnesorg während einer Demonstration von der Westberliner Polizei erschossen, ein zentrales Datum für die entstehende studentische Bewegung, die man später »68er« nannte. Am 2. Juni 2005 wurde unter dem Motto »Zukunft von Anfang an« eine Ausstellung über die Geschichte der FU im Abgeordnetenhaus wiedereröffnet, die diese Ereignisse museal entsorgt und auch von der nationalsozialistischen Vergangenheit des FU-Campus in Dahlem nichts wissen will.

## »Wissenschaft im Grünen«

Durch ihre geschichtsvergessene Darstellung der Dahlemer Kaiser-Wilhelm-Institute, deren Gebäude noch heute teilweise von der FU genutzt werden, zeigt die Hochschulleitung, dass sie nichts von dem verstanden hat, was die studentische Bewegung der 60er Jahre an demokratischen und antifaschistischen Impulsen in die Gesellschaft trug. Die Dahlemer Institute erscheinen in der Ausstellung als eine Art deutsches Oxford, in der schon vor hundert Jahren Spitzenforschung betrieben wurde, so hatte »um

1930 Dahlems Berühmtheit als Zentrum der Wissenschaft von Weltgeltung ihren Höhepunkt erreicht«. Der Beginn der nationalsozialistischen Diktatur wird lediglich als Beginn des Exodus der Wissenschaft angesehen, da beispielsweise Lise Meitner, die 1938 zusammen mit den Chemikern Otto Hahn und Fritz Straßmann die Kernspaltung entdeckte, nach dem »Anschluss« Österreichs nur noch die heimliche Flucht aus Deutschland blieb, um ihr Leben zu retten. Dabei wird jedoch betont, dass es »wissenschaftliche Spitzenleistungen trotz aller Einschränkungen und Repressionen auch weiterhin« gab, »so dass auch in den Instituten in denen eine stattliche Zahl überzeugter und aktiver Nationalsozialisten angehörte, die Leistungen weiterhin überdurchschnittlich blieben«. Ein Beispiel ist das »Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik«, in der Ihnestrasse, dessen Gebäude heute das Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft beherbergt. Dieses 1927 gegründete Institut war die führende Institution in Sachen nationalsozialistischer Rassenforschung. Den Übergang von der Weimarer Republik in den Nationalsozialismus vollzog es

nahtlos, weil es von vornherein rassistische und eugenische »Wissenschaft« betrieb. Gründungsleiter Eugen Fischer führte das Institut von 1927 bis 1942. In dieser Zeit lieferte das Institut direkte Zuarbeit und wissenschaftliche Rechtfertigung für die nationalsozialistische Rassenpolitik, die im Holocaust gipfelte. Der Nachfolger Fischers, Ottmar von Verschuer, war direkter Vorgesetzter des KZ-Arzt Joseph Mengele, der von seinem Arbeitsplatz in Auschwitz eine regelmäßige Konversation mit dem Institut führte. Mengeles grausame Menschenversuche sind exemplarisch für die Bestialität der NS-Rassenforschung. Umso unverständlicher ist es, dass in der FU-Ausstellung Mengeles Vorgesetzter von Verschuer als ambivalente Figur dargestellt wird, und dass er sogar wegen angeblicher Kontakte zur bekennenden Kirche gar in die Nähe eines Widerstandskämpfers gerückt wird. Statt aktiver Aufarbeitung wird hier aktive Entschuldung betrieben. Weitere mörderische Forschungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) werden gar nicht erst erwähnt. Wie etwa die Giftgasentwicklung für den ersten Welt-

krieg durch Fritz Haber, nach dem noch heute das Dahlemer Max-Planck-Institut als Nachfolger des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie benannt ist. Auch der Zusammenhang von Kernforschung und Atomwaffenforschung durch Werner Heisenberg und andere am Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie wird nicht thematisiert. Der Einsatz der Dahlemer Kaiser-Wilhelm-Institute für Krieg und Massenmord begann nicht erst 1933, sondern bereits im Kaiserreich. Die FU-Ausstellung versucht jedoch krampfhaft, für die junge FU einen traditionellen und ehrwürdigen Hintergrund zu konstruieren und geht dabei mehr als geschichtsvergessen vor.

## Gründungs- und Existenzmythen

Denn das Bild der jungen und unbelasteten FU trägt: Gerade auch Abteilungsleiter der KWG besetzten nach dem zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik zahlreiche Ordinateure – auch an der FU. Die 1948 erfolgte politisch – insbesondere antikomunistisch – motivierte Gründung der Freien Universität Berlin hatte in der Grün-



dungs- und Konsolidierungsphase »nicht immer glückliche Besetzung einiger Lehrstühle zur Folge«. <sup>2</sup> Im offiziellen Buch anlässlich des 50jährigen Bestehens der FU wird kein Wort darüber verloren, dass die FU zahlreiche Nazi-Professoren einstellte, <sup>3</sup> die an der Berliner Universität abgelehnt worden waren. Dass sich dieser Antikommunismus bis in die 80er und auch darüber hinaus an der FU gehalten hat, belegt vor allem, aber nicht nur, Ernst Nolte. Gleichzeitig wird jedoch die Zulassungspolitik der Humboldt Universität wie folgt kritisiert: »Dabei war es in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch hinzunehmen [!], dass ehemalige Mitglieder der NSDAP, aktive Reserveoffiziere nicht zum Studium zugelassen werden durften. Man konnte nach den Erfahrungen einer sich selbst rekrutierenden Bildungselite im Kaiserreich und in der Weimarer Republik auch Verständnis [!] dafür haben, dass nach 1945 die Jugend aus allen Schichten des Volkes die Chance zum Hochschulstudium bekommen sollte...«. <sup>4</sup> Nach der »unmittelbaren Nachkriegszeit« sollten nach dem Willen der FU also auch wieder aktive Nazis studieren dürfen. So erscheint es nicht verwunderlich, dass bereits am 17. Juni 1950 Delegierte von 65 Studentenverbindungen aller westdeutschen Universitäten und Technischen Hochschulen erneut die

Deutsche Burschenschaft unter dem Wahlspruch »Ehre – Freiheit – Vaterland« gründeten. Was 1945 kein Mensch für möglich gehalten hatte, am Ende der 50er Jahre war es wieder so weit: über 30% der männlichen Studenten an bundesrepublikanischen und Westberliner Universitäten waren wieder in Korporationen organisiert. In denselben Korporationen, die 1932 im Gleichschritt in geschlossenen Marschkolonnen zum 15. Deutschen Studententag nach Königsberg marschierten - nicht etwa in die Universität; der Studententag fand bereits in der Kaserne statt; in denselben Korporationen, die am 10. Mai 1933 in wuchs und Couleur zusammen mit der SA »weltbürgerlich-jüdisch-bolschewistische« Bücher verbrannt hatten und die sich noch im selben Jahr nacheinander freiwillig im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund hatten gleichschalten lassen. <sup>5</sup>

Was die FU sowohl in ihrer Anfangszeit als auch heute noch propagiert, ist eine Geschichtsideologie des Kalten Krieges, die nicht nur an der Universität anzutreffen war: »Die bürgerliche Totalitarismuskonzeption, die in den 50er Jahren an Schulen, Universitäten und in den Massenmedien verbreitet wurde, besagte, dass das faschistische und kommunistische »totalitäre System« grundsätzlich gleichartig seien. Dadurch

wurde auch dem ehemaligen Mitläufer und Aktivisten des NS-Regimes die Möglichkeit eröffnet, den nicht stattgefundenen Widerstand gegen die Nazi-Barbarei nun in einem militanten Antikommunismus nachzuholen und sich so die Vergangenheitsbewältigung in die Tasche zu lügen«. <sup>6</sup>

### Berlin: Hauptstadt der Revolte

Gegen die Lebenslüge von der Bewältigten Vergangenheit revoltierte Mitte der 60er Jahre die bürgerlicher Intelligenz. <sup>7</sup> In den Begrüßungsworten bei der Eröffnung der Ausstellung »Zukunft von Anfang an« am 15. Oktober 2004 im Henry-Ford-Bau fasst Walter Momper, Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin das damalige Geschehen in einem knappen Satz zusammen: »Das politische Engagement der Studierenden hat durchaus nicht immer die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung gefunden«. Bis dahin hatte nämlich auch ein antikommunistischer Widerstandskonsens aus den unterschiedlichsten Traditionen heraus alle Klassen, Schichten und Generationen zusammengehalten: West-Berlin als Vorposten der freien westlichen Welt. <sup>8</sup> So richtete sich in der Frontstadtatmosphäre West-Berlins, einem Gemisch aus Angst, Bedrohung, Stagnation, Filzokratie, bornierter Arroganz und individueller Verklemmtheit – besonders als jedem klar wurde, dass die Mauer von Dauer sein würde – die Aggression der Bevölkerung zunehmend gegen die Studenten. Zynisch vereinfacht formuliert: »Gegen die Studenten gewinnt man stellvertretend den Krieg gegen die UDSSR. Im permanenten Ausnahmezustand der besonderen Situation West-Berlins befand sich jeder Polizeibeamter im politischen Konfliktfall per Definition in Notwehr. Galt es doch die vom Osten eingeschleusten Störer abzuwehren. So hatte man's gelernt, so hatte man's geprobt«. <sup>9</sup> So war die Geschichte der Studierenden der FU bis zum 2. Juni 1967 die Geschichte des permanenten Versuchs der Universitätsverwaltung, die politischen Rechte der Studierendenvertretung und der politischen Studentenverbände (SDS) einzuschränken, und de-

ren Reaktion darauf. <sup>10</sup> Die Ausstellung, die bereits von Oktober 2004 bis Februar 2005 im Henry-Ford-Bau der FU zu sehen war, hat jedoch ihr eigenes Bild von der Studierendenbewegung: ausgestellt sind einige Bände aus der Universitätsbibliothek, von Randalierern beschmiert mit roten Farbflecken. Warum erst randaliert und protestiert werden musste, bis sich das konservative Establishment der deutschen Universität überhaupt auf studentische Forderungen einließ, wie es möglich war, dass es bis zu Todesschüssen auf einen Studenten kam – dazu schweigt die Ausstellung. In der Galerie der besten Köpfe, des »who is who« kommt Benno Ohnesorg nicht vor. Die folgenden politischen Kämpfe in den siebziger Jahren erscheinen hier ebenfalls nicht mit ihren inhaltlichen Konfliktlinien. Sie werden präsentiert als »hochschulpolitischer Bürgerkrieg«, der nun zum Glück beigelegt sei in irgendeiner Art von versöhnter FU. Doch die existiert nicht.

Das Motto »Zukunft von Anfang an« klingt zynisch für den, der um die Geschichte der FU genauer Bescheid weiß. Dass sich dieses fragwürdige Geschichtsverständnis bei der Neueröffnung geändert haben sollte, ist jedoch nicht zu hoffen. Statt ernsthafter Beschäftigung mit den Zielen der 68er oder verantwortungsvoller Aufarbeitung der NS-Verstrickungen deutscher Wissenschaft ist nur ein hohler Werberummel zu erwarten – geschichtsvergessen und gefährlich.

### ■ Endnoten

- <sup>1</sup> FU-N 1995- 3; Titelthema: »Wissenschaft im Grünen«
- <sup>2</sup> Engel: »Wissenschaft im Grünen«, in FU- N 1995- 3: Michael Engel ist seit 1973 Lehrbeauftragter für Geschichte und Chemie und Leiter des Universitätsarchivs.
- <sup>3</sup> Lönnendonker: Freie Universität Berlin. 1988, S. 355.
- <sup>4</sup> Präsident der FUB (Hrsg.): Freie Universität Berlin. 1998, S. 72ff.
- <sup>5</sup> Tillman Fichter/Siegward Lönnendonker: Berlin: Hauptstadt der Revolte, S.5.
- <sup>6</sup> Fichter/Lönnendonker, S. 4.
- <sup>7</sup> ebd., S. 4.
- <sup>8</sup> ebd., S. 1.
- <sup>9</sup> ebd., S. 8.
- <sup>10</sup> ebd., S. 9f.



# Kalter Krieg statt Wissenschaft

## Der Forschungsverbund SED-Staat an der FU

von Louis Givéon

### Wie alles anfing...

Die Gründung des SED-Forschungsverbundes wurde 1992 durch eine Verfügung des damaligen FU-Präsidenten Gerlach und gegen den Willen des Fachbereichs politische Wissenschaften eingerichtet, kurz nach der finanziellen Streichung des Zentralinstitut 6, Abteilung DDR-Forschung. Seitdem ist der SED-Forschungsverbund finanziell bestens ausgestattet und dabei direkt dem Präsidenten der FU unterstellt. Damit ist er keinem Fachbereich Rechenschaft schuldig und wird zu einem vielseitig einsetzbaren politischen Machtinstrument für Auseinandersetzungen an der FU, aber nicht nur dort, wie uns spätere Beispiele verdeutlichen werden.

### Ex-Linke werden zu Neu-Rechten

Den Mitarbeiterstab des Forschungsverbundes dominieren auffälligerweise gewendete Alt-68er wie Siegwald Lönnendonker (APO-Archivar), Ex-Maoisten wie Jochen Staadt und Manfred Wilke sowie der Grüne Klaus Schroeder, der an der FU schon mal die schwarz-grüne Koalition probte, indem er den damaligen Präsidenten Heckelmann (CDU) mitwählte. Vorübergehend war passenderweise der heute offen rechtsradikal auftretende Bernd Rabehl Mitarbeiter beim SED-Forschungsverbund. Jochen Staadt ist im Laufe der Auseinandersetzung um den SED-Forschungsverbund Anfang 1999 aus dem Vorstand des linken Kreuzberger Projekts Mehringhof ausgeschlossen wurde.

### Das »wissenschaftliche« Fundament

Die Totalitarismustheorie hatte ihre Hochzeit während des Kalten Krieges und gilt spätestens seit den 70er Jahren als wissenschaftlich erledigt. Sie berücksichtigt nicht die mit einer Gesellschaft untrennbar verbundene, jeweils unterschiedliche historische Genese, sowie die wirtschaftliche und gesellschaftliche Struktur der als totalitär bezeichneten Staaten. Die An-

hängerinnen und Anhänger dieser Totalitarismustheorie betreiben durch den Vergleich und die Gleichsetzung von kommunistischen und faschistischen Staaten letztendlich eine Relativierung des Nationalsozialismus. Exemplarisch sei hier nur eine Äußerung von Manfred Wilke (einer der wissenschaftlichen Leiter des Forschungsverbundes) genannt, die beinhaltet, das Holocaust-Mahnmal hinter dem sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Tiergarten zu errichten, »um die Nähe der nationalsozialistischen zur kommunistischen Diktatur zu versinnbildlichen«.<sup>2</sup>

### Finden, scannen, faxen

Die Vorgehensweise des SED-Forschungsverbundes bei der Diskreditierung missliebiger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gleicht sich jedes Mal. Ihre Quellen »finden« sie beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, dessen Leiter bis zum Jahr 2000 Joachim Gauck war, Mitautor des »Schwarzbuch Kommunismus«. Die gefundenen »wissenschaftlichen« Erkenntnisse faxt der Forschungsverbund dann weiter an die Presse, nach dem Schema: »Stasi schuld am Tod von Jesus Christus. Pilatus war IM.«

### In der Schusslinie

Der SED-Forschungsverbund nimmt sich vorwiegend Sozialdemokratinnen, Sozialdemokraten, kritische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor:<sup>3</sup>

- Peter Steinbach, Professor am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU und Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, wurde mit eindeutig falsch ausgelegten Dokumenten aus der Gauck-Behörde unterstellt, dass er den kommunistischen Widerstand in der Gedenkstätte so breit gewürdigt hätte, um sich bei Erich Honecker persönlich beliebt zu machen.
- Jürgen Kocka, SPD-Mitglied, der schon vor 1989 mit einigen seiner DDR Kollegen

sprach. Hieraus machte der SED-Forschungsverbund eine Art Verschwörung und unterstellte Kocka, Stasi Mitarbeitern zu Ämtern verholfen zu haben. Als willkommener »Beweis« galt der Historiker Olaf Groehler, der 30 Jahre zuvor eine Verpflichtungserklärung gegenüber der Stasi unterschrieben, dies jedoch nicht angegeben hatte und deswegen aus dem von Kocka geleiteten Potsdamer Institut für Zeitgeschichtliche Studien entlassen wurde.

- Lutz Niethammer, ebenfalls SPD-Mitglied, wurden Kontakte zu Groehler zur Last gelegt. Zudem habe er seinen Assistenten Uli Herbert in das Kuratorium für die thüringischen Gedenkstätten gehievt, ungeachtet der Tatsache, dass Herbert diesem Kuratorium bzw. der vorangegangenen Historikerkommission bereits vor Niethammer angehörte. Über Niethammer gab es in der Gauck-Behörde nichts. Dafür wurde ein Beurteilungsschreiben einiger DDR Historiker verdreht. Hierin wurde Niethammer von seinen DDR-Kollegen für ein von ihm in der DDR durchgeführtes Oral-History Projekt einerseits gelobt, andererseits wurde er aber auch getadelt, er stünde »auf dem Boden der kapitalistischen Grundordnung«. Der Forschungsverbund ließ diesen Fakt unter den Tisch fallen und *Bild* brachte die Story über Niethammer groß raus.

### Aus der Schusslinie

Auch andersherum funktioniert Desinformationspolitik unter dem Deckmantel der Wissenschaft. Der Bundesnachrichtendienst forcierte 1984 eine Falschmeldung, dass der damalige Bundespräsident Heinrich Lübke vom *Stern* mit »falschen Papieren« aus dem Osten zum KZ-Baumeister gemacht wurde.<sup>4</sup> Diese BND-Falschbehauptung griff Steffen Wolle vom SED-Forschungsverbund noch 2004 in einem Interview im Deutschlandfunk auf: »In diesen Zusammen-

»Die Mitglieder des SED-Forschungsverbund sind Meister der politischen Demagogie, Autoren von Halbwahrheiten und Verzerrungen und Wissenschaftler ohne Glaubwürdigkeit und Seriosität, um es zurückhaltend zu formulieren.«<sup>1</sup>

hang gehört auch die Kampagne gegen Heinrich Lübke als KZ Baumeister«. Der »Fall Lübke der dann als KZ-Baumeister sozusagen in die deutsche Geschichte eingegangen ist«, sei das »bekannteste Beispiel« für die Desinformationskampagnen der Stasi. Der Fall sei ein »Werk der Stasi, die da regelrecht Unterschriften gefälscht« habe. Der *Stern* der diese angeblichen Stasi Fälschungen veröffentlichte, hatte zu diesem Zeitpunkt bereits zahlreiche Prozesse deswegen gewonnen, zuletzt musste der Springer-Verlag 2001 in einem Vergleichsverfahren 30.000 DM an »Mut gegen rechts« zahlen und sich verpflichten, nie

wieder zu behaupten, die Lübke-Dokumente im *Stern* seien Fälschungen.

#### ■ Endnoten

- 1 Jürgen Kocka in: *Der Forschungsverbund SED-Staat und die Renaissance der Totalismustheorie.* <http://ua.x-berg.de/pdf/forschungsverbund-doku.pdf>
- 2 <http://www.conne-island.de/nf/63/19.html>
- 3 [http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle\\_world/\\_98/08/11a](http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_98/08/11a)
- 4 Otto Köhler: »Wo stecken die Spitzel!«. <http://www.freitag.de/2004/32/04320301.php>



#### ■ Bernd Rabehl kooperiert mit NPD

Die Liste der völkisch-nationalistischen Aktivitäten des emeritierten Soziologie Professors Bernd Rabehls ist lang: 1999 tritt er vor der rechtsradikalen Münchener Burschenschaft Danubia auf. Sein Redemanuskript wurde in der auf-lagenstärksten Zeitung der Neuen Rechten »Junge Freiheit« abgedruckt. In seinem Seminar an der FU ließ er kurz dar-auf Horst Mahler auftreten. In seinen Querfrontbemühungen die Standortdefinitionen von links und rechts aufzuheben nimmt Rabehl die Hauptrolle im Versuch die Außerparlamentarische Opposition (APO) in eine angebliche nationalrevo-lutionäre Bewegung umzudeuten ein. Bereits 1998 referierte Rabehl bei der »Freien Sommerakademie« von der Bur-schenschaft Rugia Karlsbad mit Verbindungen zum europaweiten Synergon-Netzwerk. In der Dezember Ausgabe 2003 der »Konservativen Deutschen Zeitung« (Herausgeber Joachim Siegerist) schrieb Rabehl zum Thema »Mythos RAF«. Am 3. Dezember 2003 tritt er erneut vor der Burschenschaft Danubia auf. Mit einem Interview in der »National Zeitung« (Herausgeber Gerhard Frey) vom 22. Oktober 2004 durfte Rabehl seine Dutschke Biographie »Revolutionär im geteilten Deutschland« bewerben. Im April 2005 gibt Rabehl dem NPD-Organ »Deutsche Stimme« ein Interview, indem er unter anderem die Motive für die israelischen Staatsgründung mit der Gedankenwelt des ehemaligen NPD-Vorsitzenden Adolf von Thadden verglich.

Nach dem »Deutsche Stimme« Interview kündigte der Institutsrat am Otto Suhr Institut an, Rabehl die Lehrbefugnis zu entziehen. Die NPD solidarisiert sich daraufhin mit Rabehl und lud ihn zu einem Vortrag vor der sächsischen NPD-Land-tagsfraktion ein. Dort referierte er am 8. Juni 2005 und bescheinigte der NPD »keine faschistische Partei« zu sein. Laut einer Meldung der Sächsischen Zeitung vom 27. Mai 2005 will Rabehl in Zukunft für das Bildungswerk der NPD Sachsen arbeiten.

Die FU ist zu klein für Bernd Rabehl und uns!

#### ■ LAI-Dozent wirft Salvador Allende Rassismus und Antisemitismus vor

Für Aufregung sorgte in den letzten Wochen die Veröffentlichung des chilenischen Historikers Victor Farias, Privatdozent am Lateinamerika-Institut (LAI) der Freien Universität. Dieser versucht in seinem spanischsprachigen Buch »Salvador Al-lende – Antisemitismus und Euthanasie« dem ehemaligen chilenischen Präsidenten und Sozialisten Rassismus und An-tisemitismus nachzuweisen.

Grundlage dieser These ist vor allem die Dissertation Allendes über »Psychohygiene und Delinquenz« aus dem Jahre 1933. Aus dieser zitiert Farias entgegen seiner Behauptungen jedoch nicht Salvador Allende selbst, sondern die antise-mitischen Äußerungen des italienischen Kriminologen Cesare Lombroso, der wiederum von Allende in seiner Disserta-tion zitiert wird.

Ein weiteres Argument des LAI-Professors, der chilenische Präsident habe den deutschen Nazikriegsverbrecher Walter Rauff protegiert, widerlegt die »Stiftung Salvador Allende«, indem sie den Brief Allendes an den Nazi-Jäger Simon Wie-senthal zitiert, der alles andere als »kühl und bürokratisch« klingt, wie Farias behauptet, sondern im Gegenteil bedau-ert, dass nicht er, sondern das chilenische Gericht über die Auslieferung Rauffs entscheiden müsse.

Nachzulesen ist der Schriftwechsel zwischen Wiesenthal und Allende, dessen Dissertation sowie spanischsprachige Ar-tikel zum Thema unter: <http://www.elclarin.cl/hemeroteca>.

# Her mit dem *wilden* Leben

von claudia wrobel und  
björn kietzmann

Seitdem zu Jahresbeginn das Bundesverfassungsgericht die Entscheidung über die Erhebung beziehungsweise Nicht-Erhebung von Studiengebühren in den Zuständigkeitsbereich der Bundesländer delegierte, hat sich einiges getan. Immer mehr PolitikerInnen outen sich als Fans allgemeiner Studiengebühren. BefürworterInnen von Langzeitstudiengebühren schreiben sich noch unverhohlener die Sicherung eines gebührenfreien Studiums auf ihre Fahnen, wobei natürlich lediglich das Erststudium in einem von ihnen definierten Zeitraum gemeint ist. Reformeifer greift um sich, wodurch immer mehr kritische Inhalte rausfliegen – ganze Studiengänge werden eingestampft. Banken feiern die Erhebung von Studiengebühren und preisen Bildungssparmodelle an. Erste Bundesländer führen massive Zulassungsbeschränkungen für den Master ein. Die Hochschulen dürfen zukünftig noch willkürlicher über Zulassungstests oder -gespräche Studienplätze vergeben, diese Kosten sollen in einigen Bundesländern, auch Berlin, die StudienplatzbewerberInnen tragen.

Doch es gibt Widerstand nicht nur gegen Studiengebühren, sondern gegen das derzeitige bildungspolitische Verständnis. Dagegen Bildung zu einer standardisierten, vergleichbaren und vor allem exportfähigen Handelsware umzumodeln, die verkauft und vermarktet wird. Weil Lernende und Lehrende dieses Spiel nicht mitspielen wol-

len, weder auf ihre eigenen Kosten noch auf Kosten anderer Menschen, die vom Sozial-, Kultur- und Bildungsabbau betroffenen sind, gab und gibt es in letzter Zeit wieder mehr Aktionen, Streiks und Besetzungen an Schulen und Hochschulen.

Etwa eine Woche nach der Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichts folgten Demonstrationen gegen Studiengebühren, Bildungs- und Sozialabbau. In Berlin stand die Demo, an der sich circa 4000 Menschen beteiligten unter dem Motto »Lernen ist Luxus! Luxus für alle!«, bundesweit gingen am 03.02.2005 etwa 30.000 Menschen verteilt auf fünf Städte auf die Straße. Auf fast allen Demos kam es zu Übergriffen seitens der Polizei, darüber hinaus wurden in Berlin, Hamburg und Essen KommilitonInnen grundlos verhaftet.

Doch wie zu erwarten war verliefen die Semesterferien an den Hochschulen ruhig. Lediglich an einigen Schulen kam es zu Protesttagen. So besetzten SchülerInnen in Oldenburg und Bielefeld ihre Schulen, in München, Bremerhaven und Chemnitz kam es zu SchülerInnenstreiks. Mit Beginn der Vorlesungszeit gab es auch wieder kleinere Aktionen an Hochschulen. Ende April folgten teilweise sehr gut besuchte Vollversammlungen um über die aktuelle Lage zu informieren und zu diskutieren.

Die Teilnahme von Studierenden an Demonstrationen unter anderem in Hamburg, Bremen,

Freiburg und vielen anderen Städten markierte den Auftakt des aktiven Teils des »summer of resistance«. Die Aktionen folgten nun Schlag auf Schlag, in NRW wurde der Landtagswahlkampf aller großen Parteien von Studierenden mit Protesten begleitet, zeitgleich zur Studiengebührenabstimmung im niedersächsischen Landtag, besetzten Studis das Osnabrücker CDU Büro, auch im idyllischen Eichstätt entlud sich der Unmut über die aktuelle hochschulpolitische Situation: Der bayrische Wirtschaftsminister Goppel wurde bei einer Veranstaltung anlässlich des 25jährigen Jubiläums der Uni durch anhaltenden Applaus am Reden gehindert.

Unterdessen stürmten Freiburger Studierende am 2. Mai das Universitätsrektorat und verteidigten dieses teilweise mit mehreren hundert Anwesenden gegen eine von der Uni-Leitung angedrohte polizeiliche Räumung. Es gab in den neu errungenen Räumen nicht nur Platz für ein Protestbüro, sondern auch für Projekte und Veranstaltungen. Nach zwei Wochen in denen das Rektorat gegen die Uni-Leitung und Studierende aus Burschenschaften erfolgreich verteidigt werden konnte »ent-setzten« die Freiburger KommilitonInnen ihr Rektorat. Dies geschah ähnlich turbulent wie es begonnen hatte, zuerst scheiterten einige Yuppi-Elite-Studis des »Vereins verwöhnter Millionärskinder und rechtskonservativer Eliten« bei ihrem Räumungsversuch, danach wählten die anwesenden Studierenden Prof. Dr. Wild als neue Rektorin der Uni Freiburg. Diese freute sich sehr über ihre Wahl und bedankte sich für das in sie gesetzte Vertrauen mit den Worten: »Ihre Besetzung war eine Bereicherung, sowohl für das Rektorat wie auch die ganze Uni. Ihre Forderungen werden umgesetzt und die Studierenden sofort in die Entscheidungen mit einbezogen«. Ob sich nun der wirkliche immer-noch-Rektor Prof. Jäger eine Scheibe von der basisdemokratischen Struktur, wie sie in den 14 Tagen Besetzung im Rektorat praktiziert wurde, abschneidet bleibt zu hoffen. Die Freiburger Studierenden jedenfalls wollen auch ohne besetztes Rektorat weiter-

hin gegen Jäger und für ein »wildes Leben« an der Uni kämpfen.

Hamburger Studierende stießen mit ihrem Warnstreiktag leider auf weniger Gegenliebe. Nachdem circa 50 Studis in den frühen Morgenstunden des 27. April auf >



› Beschluss der studentischen Vollversammlung die Eingänge zum Uni Hauptgebäude blockierten, dauerte es nicht lange bis einige Polizeihundertschaften und vier Wasserwerfer auf dem Campus vorfuhren. Auf Anordnung des Uni-Präsidenten Dr. Jürgen Lüthje räumte die Polizei gewalttätig die Blockade. In der Presseerklärung der Universität heißt es hierzu: »Eine von der Universitätsleitung vermittelte Frist bis zum Beginn des Polizeieinsatzes wurde von den Personen nicht genutzt (...) Die Einsatzleitung der Polizei hat die Universitätsleitung vorab über den Einsatz informiert«. Eine Anwesende beschreibt den Einsatz wie folgt: »etliche Studierende wurde bei ihrer Festnahme verletzt. Die Polizei drehte ihnen die Arme um und schlug auch drei Personen ins Gesicht«. Eine andere Studentin erinnert sich: »Die Polizei hat die Demonstrierenden nicht vor Beginn ihrer Maßnahmen aufgefordert die Blockade zu beenden. Ebenso wenig wurden Studierende, die den Platz vor dem Hauptgebäude verlassen wollten durchgelassen. Alle Personen, die sich zum Zeitpunkt des Eintreffens der Einsatzkräfte dort versammelten wurden gekesselt«. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich bis zu 1000 Menschen vor dem Hauptgebäude. Einigen gelang es später die Polizeiketten zu durchbrechen, zuerst eine größere Straße zu blockieren und anschließend eine kleine Demo durchzusetzen. Auf der am folgenden Tag einberufenen Vollversammlung wurde eine erneute Blockade für den 10. Mai beschlossen. Obwohl die Polizeiführung nach den Übergriffen von vielen Seiten scharf kritisiert wurde, setzte sie ihre Ankündigung zukünftig deeskalierender vorzugehen nicht in die Tat um. Stattdessen wiederholte sich das brutale Vorgehen. Ohne größere Vorwarnung gingen mehrere Polizeihundertschaften gegen die Studierenden vor, 41 Studierende wurden festgenommen. Bei einer anschließenden Kreuzungsblockade von einigen hundert Menschen fuhr die Polizei Wasserwerfer auf, Greiftrupps der Polizei verhafteten eine weitere Person.

Am 25. Mai besetzten die KommilitonInnen aus Bremen, Hamburg, Braunschweig, Hildesheim, Göttingen und Lüneburg zeitgleich ihre Rektorate bzw. Präsidien. Neben der Kritik am rein wirtschaftlich orientierten Umbau des Bildungssektors solidarisierten sie sich deutlich mit den Protestierenden, die Opfer von Gewalt wurden. »Gemeinsam sind wir stark!« unterschrieben sie ihre zusammen herausgebrachte Erklärung. Ein Trend, der allgemein deutlich zu erkennen ist. Auf bundesweiten Vernetzungstreffen tauschen sich hochschulpolitisch aktive Studierende aus, auch jenseits der festen Strukturen von Zusammenschlüssen von StudentInnenschaften. Als vorläufiger Höhepunkt der bundesweiten Vernetzung sind die Großdemos am 02.06.2005 zu nennen. In mehreren deutschen Städten gingen insgesamt circa 20.000 Menschen auf die Straße um auf Bildungs- und Sozialabbau aufmerksam zu machen und ihre Stimme zu erheben.

Doch vom Ideal, der sich überall gemeinsam wehrenden Lehrenden und Lernenden sind wir weit entfernt. Der kapitalistische Umbau der Bildungslandschaft ist eine nahe Erfahrung und Bedrohung. In einigen Bundesländern werden Studiengebühren erhoben, am Bachelor kommt kaum einE StudienanfängerIn vorbei, und das sind nur die Auswirkungen, die wir unmittelbar erleben. Trotzdem sind Info- und Protestveranstaltungen mancherorts nur mäßig besucht. Ist es Politikverdrossenheit, die sich einreicht in eine allgemeine Unzufriedenheit mit dem politischen Zustand oder greift eine Protestverdrossenheit um sich, dem diffusen Gefühl geschuldet doch nichts ändern zu können? Gerade der Erfolg des Wintersemesters 2003/04 in dem durch massive Streiks und Proteste Studiengebühren in Berlin erst einmal verhindert wurden, sollte uns eines besseren belehren. Falls wir an diesen erfolgreichen Kampf auch weiterhin anknüpfen wollen müssen wir uns auch zukünftig querstellen und der Sand im Getriebe sein.

# Semesterticket gleich Semesterticket?

von *petra plan*

**W**orum geht es bei den Streitigkeiten um ein Semesterticket? Der lange Weg der Berliner Universitäten zum und um das Semesterticket; ein endloser Streit um die Konditionen

Die Verhandlungen zwischen der Semtix-Länderkoordination und BVG, VBB, S-Bahn Berlin GmbH und DB Regio über die Weiterführung des Semestertickets im Wintersemester 2004/05 platzten, weil die Unternehmen die vertraglich zugesicherte Preissteigerung (von 5,5%) nicht annähernd einhalten wollten. Das Ticket wurde von 109 Euro auf 132,30 Euro im Wintersemester 2004/05 erhöht und wird im Wintersemester 2005/06 152,20 Euro kosten. Dabei berufen sich die Unternehmen auf ein Gutachten, das entgegen vertraglichen Vereinbarungen von den Verkehrsbetrieben allein in Auftrag gegeben wurde, nach Einschätzung der VerkehrsexpertInnen der Studierendenschaften jedoch große Rechenfehler aufweist.

## Die Diskussion um den Preis – ein alter Hut?!

Seit 1990 versuchen die Berliner ASten nun schon, ein Semesterticket durchzusetzen. Bis es so weit war, mussten viele politische Hürden genommen werden. »*Totgesagte leben länger*«, so titelte vor rund 8 Jahren die Berliner Tageszeitung im Zusammenhang mit dem Semesterticket. Und tatsächlich, die Entstehung des Berliner Semestertickets schien sich zeitweise zu einer unendlichen Geschichte zu entwickeln. In den

neun Jahren (von 1990 bis 1999), seit sich einige Leute in Berliner Studierendenvertretungen die damals brandneue Idee eines Semestertickets zu eigen gemacht hatten und ein entsprechendes Modell auch in Berlin umsetzen wollten, waren in der Tat einige Hürden zu überwinden. Die ablehnende Haltung von Senatsverwaltungen, Verkehrsbetrieben und der Politik musste Schritt für Schritt abgebaut werden. Vernünftige Preiskalkulationen und Vertragsbedingungen mussten mit den Verkehrsbetrieben ausgehandelt werden, die häufig untereinander extrem widerstrebende Interessen hatten.

Der Durchbruch geschah im Herbst 1999, als nach Jahren zäher Lobbyarbeit durch die Studierendenschaften ein Semesterticket Teil des Koalitionsvertrages zwischen SPD und CDU zur Bildung des Berliner Senats wurde. Dort wurde ein Preis von 215 DM für ein verbundweites, also im Verkehrsnetz der Länder Berlin und Brandenburg, gültiges Semesterticket genannt. In einem Spitzengespräch am 16. März 2000 machte Senator Strieder deutlich, *dass die bisherige Strategie der Unternehmen, durch überhöhte Preisvorstellungen ein Semesterticket zu verhindern, nicht länger toleriert würde*. Es dauerte bis zum Frühjahr 2000, bis diese politische Absicht in ein tatsächliches Angebot überführt wurde. Mehr oder weniger auf Zuruf ordnete Senator Strieder an, dass ein Semesterticket für die Tarifbereiche Berlin ABC (Berlin und näheres Umland) zum Preis von 215 DM für eine Testphase von einem Jahr von den Betrieben angeboten werden sollte.



Die folgenden Verhandlungen über die Vertragsbedingungen waren durch massive Verzögerungsbestrebungen seitens der Verkehrs-

betriebe gekennzeichnet. Sie gipfelten darin, dass einige Verkehrsbetriebe ihre Teilnahme an Runden verweigerten, die in den Räumlichkeiten des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) stattfanden. Die Verkehrsbetriebe wiederum blieben bei ihrer Position, dass ein verbundweites Semesterticket zu dem genannten Preis von 215 DM ihnen Verluste in mehrstelliger Millionenhöhe bereiten würde. Sie legten daraufhin dem Senator ihre Berechnungsgrundlagen vor, in die sie jedoch den anwesenden VertreterInnen der Studierendenschaften (wie schon gewohnt) keinen Einblick gewährten.

Erst auf einem Gespräch bei Staatssekretärin Krautzberger im Dezember 2000 konnten mit den Verkehrsbetrieben die Grundlagen für einen Vertrag geschaffen werden, der im Februar 2001 dann tatsächlich vorlag.

#### Der politische Rückzug

Wie anfangs schon beschrieben, platzten die letzten Verhandlungen zu einem Semesterticket. Obwohl SPD und PDS im Koalitionsver-

trag versprechen sich für eine Fortführung des Semesterticket einzusetzen, bleibt das Versprechen ein hohle Wahlkampf-Phrase. Die Politik schlägt sich auf die Seiten der Verkehrsbetreiber und lässt zu, dass diese die Studierenden über den Tisch ziehen können. Kein Engagement und auch kein Widerspruch seitens der Politik als die Verkehrsbetriebe wieder in gewohnter Weise den Studierenden den Preis diktieren wollen. Ganz im Gegenteil: Sarrazin der im Aufsichtsrat der BVG sitzt, verfolgte sogar bewusst denselben Kurs wie die Verkehrsbetriebe. Die BVG ist hoch verschuldet und eine überbeuerte Preispolitik, nicht nur gegenüber den Studierenden, soll den »Laden« wieder gesund sanieren. An den Prämien und der Korruptions- und Vetternwirtschaft wird aber festgehalten. Die politischen Machthaber haben sich wieder verabschiedet von ihrem (sehr kurzzeitigen) Engagement für ein Semesterticket. Berlin ist pleite und dass bleibt dann auch das Totschlag-Argument gegen jegliche Verhandlungsgrundlage?!

#### Welche Probleme ergeben sich daraus für die Studierenden?

Die Studierenden werden an die Wand gedrückt. Einstimmig hat sich das Studierendenparlament an der FU (erst einmal) dazu entschieden, sich nicht von der BVG erpressen zu lassen. Bei der Urabstimmung stimmten FU (und auch HU) gegen den diktierten Preis der Verkehrsbetriebe. Gründe hierfür gibt es genug: Einer liegt jedenfalls in der Konzeption des Semesterticket selbst. Das Semesterticket ist ein Solidarmodell, d. h. alle Studierenden sind bei einer Einführung verpflichtet, in jedem Semester mit der Rückmeldung die entsprechenden Beiträge zu entrichten (was auch gut so ist). Mit der Immatrikulation ist »mensch« aber, ob »sie« oder »er« nun will oder nicht, verpflichtet den Preis zu tragen. Den enormen Mehrgewinn den die Verkehrsbetriebe an den Studierenden durch das Semesterticket machen, spielt hier ebenfalls nur eine untergeordnete Rolle. Für den Großteil der Studierendenschaft scheint dies nicht von Interesse zu sein, da der individuelle Preis für ein Semester-

ticket immer noch günstiger ist als sich einzelne Monatsmarken zu kaufen. Daher zählen anscheinend auch keine Argumente gegen ein Semesterticket zu diesen diktierten Konditionen und so wurde das überbeuerte Semesterticket jetzt wieder mit einer überzeugenden Mehrheit angenommen. Es wird sogar noch verkürzt behauptet und Stimmung gegen jene gemacht, die sich gegen das überbeuerte Semesterticket aussprechen.

Es gibt jedoch einen Teil der Studierendenschaft, die versucht, sich gegen diese Politik zur Wehr zu setzen. Da haben sich zum Beispiel Studierende verabredet um gemeinsam von der Stadt zur Uni mit dem Fahrrad zu fahren. Mitunter waren es sogar so viele Studierende, dass sie als Fahrrad-Demo sogar die Straßen für die Autofahrer blockieren konnten um damit eventuell Druck auf die Politik ausüben zu können. Leider haben sich bisher zu wenige Studierende daran beteiligt, weshalb der nötige politische Nachdruck bisher noch ausblieb.

Eine weitere interessante Idee verfolgten einige Studierende mit dem »Pinken Punkt«. Kollektives »Pink fahren« um gegen das Verkehrskonzept zu protestieren bzw. die überhöhten Preise im Nahverkehrskonzept zu thematisieren. Der Ausschluss gesellschaftlicher Gruppen von der Mobilität ist für die Aktivisten von der »Pinken Punkt Kampagne« der Ausgangspunkt

der Kritik. Und so lautet das Motto mit denen Sie ihren Touren durch die Stadt bestreiten: »Mobilität für alle« - Schluss mit den Kontrollen und Kriminalisieren von Studierenden die sich Mobilität nicht leisten können; her mit einem neuen Verkehrskonzept und weg von den kommerziellen Interessen im Öffentlichen Personennahverkehr!

Auch der Pinke Punkt konnte sich bisher für die Alltagspraxis (für die tägliche Mobilität), genauso wie die gemeinsamen Fahrradtouren, noch nicht bewähren. Aber solche Initiativen, solches Engagement ist unbedingt gefordert wenn sich die Studierendenschaft(en) nicht jeden Preis aufzwingen lassen will. Denn Semesterticket ist nicht gleich Semesterticket. Wenn die Studierenden ein einigermaßen »faïres« Semesterticket wollen, so sollten sich wohl auch dafür einsetzen. Wie aus den letzten 15 Jahren Semesterticketstreit herauszulesen ist, kann nur durch Widerstand gegen diese Verkehrspolitik, welche die vom ÖPNV abhängigen Personen ausschöpft, eine annähernd »gleichberechtigte« Verhandlungsgrundlage erreicht werden.

#### ■ Anmerkung

*Der »Pinke Punkt« ist eine Aktion, die aufgrund der Situation mit dem Semesterticket insbesondere von Studierenden der FU unterstützt wird. Der AstA selbst ist weder Veranstalter noch Initiator der Aktion.*





◀ neulich auf der Vorstandssitzung der DaKa:

# Klüngelalarm in der Darlehenskasse

Vom Umgang mit studentischen Geldern und »gezielter Nachfragesteuerung«

von Lieschen Müller

**D**ie Studentische Darlehenskasse e.V. (Daka) entstand ursprünglich als studentisch organisierter Selbsthilfverein, um Studierenden trotz finanzieller Notlage die Beendigung ihres Studiums zu ermöglichen. Mit Geldern, die sich aus Beitragszahlungen der Universitäten, Fachhochschulen, der angeschlossenen Studierendenschaften und weiterer Vereinsmitglieder zusammensetzen, werden Studienabschlussdarlehen über jährlich ca. 1.3 Mio Euro an Studierende und Doktoranden/Doktorandinnen, die sich in den letzten beiden Studiensemestern befinden, sowie an PraktikantInnen vergeben.

## Kreditinstitut mit Sonderaufgaben?

Von studentisch organisierter Selbsthilfe kann jedoch keine Rede mehr sein. Im Gegenteil: Die Studentische Darlehenskasse wird heute von einer illustren Runde aus Professoren der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften, privaten Rechtsanwälten und aus der Privatwirtschaft stammenden Vereinsmitgliedern (zum Beispiel Vertretern von Schering, Siemens, Daimler Chrysler, Deutschen Bank und Commerzbank) dominiert. Man versteht sich als »Kreditinstitut mit Sonderaufgaben« und praktiziert eine für Außenstehende und StudierendenvertreterInnen undurchsichtige Vereinspolitik. So werden demokratisch zu besetzende Ämter, durch die wenigstens ein Minimum an studentischer Interessenwahrnehmung und Kontrolle gewahrt werden könnte, in internen Klüngelrunden vergeben, nicht nachvollziehbare Kredit- und Wertpapiergeschäfte mit den immerhin ca. 4 Mio.

Euro Vereinskapi­tal getätigt und studentischen VertreterInnen im Verwaltungsrat, dem Kontrollgremium des Vereins, der Einblick in die Geschäftsunterlagen verweigert.

## Berliner Filz

Dies alles scheint um so bedenklicher, als dass der Verwaltungsrat des Vereins durch niemand geringeren als Hubertus Moser geleitet wird, der im Zusammenhang mit dem Berliner Bankenskandal fragwürdige Berühmtheit erlangte. Nicht nur, dass eine solche Vergangenheit Zweifel an der Eignung für den Vorstandsposten des Kontrollgremiums eines »Kreditinstituts mit Sonderaufgaben« weckt. Während der Gerichtsverhandlungen gegen die am Berliner Bankenskandal beteiligten Herren Decken und Zee­len wegen Bilanzfälschung wurde Herr Moser, der als Zeuge geladen war, Verhandlungsunfähigkeit attestiert. Er musste angeblich nach dem Beantworten nur weniger Fragen wegen Herzproblemen mehrere Tage stationär behandelt werden. Zufällig ist Herr Moser Präsident des Stiftungsrates des Herzzentrums Berlin, dass auch die Prüfung seiner Vernehmungsfähigkeit durchführte. So ist nicht nur Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit Mosers angebracht, er ist auch rechtlich kaum mehr zur Verantwortung zu ziehen.

Der Versuch studentischer Mitbestimmung und Kontrolle über die für Studierende bestimmten und teilweise auch von ihnen eingezahlten Geldern (allein die Studierenden der HU zahlen jährlich ca. 26.000 Euro ein) wird vom Verein als Angriff verstanden, ignoriert und Ein- ➤

## I N F O B L O C K

Die Studentische Darlehenskasse e.V. Berlin vergibt als gemeinnütziger Verein Studienabschluss- und Promotionsdarlehen an Studierende in finanzieller Notlage. Darlehen können von Studierenden und Doktoranden/Doktorandinnen der HU, FU, TU, UDK, ASFH, EFB und TFH für die letzten beiden Studiensemester beantragt werden. Auch Studierende, die im vorletzten Jahr des Studiums ein nicht oder gering vergütetes Vollzeitpraktikum absolvieren müssen können Darlehen beantragen.

Der/die AntragstellerIn benötigt zwei BürgInnen sowie Gutachten von zwei prüfungsberechtigten DozentInnen, die bestätigen, dass ein Abschluss des Studiums innerhalb der folgenden zwölf Monate realistisch ist. Darüber hinaus wird benötigt: Personalausweis, Passbild, Immatrikulationsbescheinigung und das ausgefüllte Antragsformular.

Die Darlehenshöhe beträgt maximal 8040,- Euro in 12 Monatsraten, durchschnittlich jedoch ca. 5336,- Euro. Die Höhe des tatsächlichen Darlehens richtet sich nach den jeweiligen Studien- und Lebenshaltungskosten. Die für das Darlehen berechneten Zinsen betragen durchschnittlich etwa 4,3%.

Die Rückzahlung des Darlehens beginnt sechs Monate nach der Auszahlung der letzten Darlehensrate, die Höhe der Rückzahlungsraten ist abhängig von der Höhe des vergebenen Darlehens.

Studentische Darlehenskasse e.V.	Fon:	(030) 319 001 – 0
Studentenhaus I. Stock	Fax:	(030) 319 001 – 25
(Alte TU-Mensa)	Mail:	mail@dakaberlin.de
Hardenbergstraße Nr. 35	Homepage:	www.dakaberlin.de
10623 Berlin		

Öffnungszeiten:	Während der vorlesungsfreien Zeit:
Mo, Di, Do und Fr von 10 – 12 Uhr	Di und Do von 10 – 12 Uhr
Mi von 14 – 16 Uhr	

Infos und Unterstützung gibt es natürlich auch in der Sozialberatung bei eurem Asta!

› flussnahme weitgehend unterbunden. Auch die studentischen Mitarbeiter der Darlehenskasse haben augenscheinlich eher ihre Aufstiegschancen innerhalb der Vereinshierarchie im Kopf als die Wahrung studentischer Interessen. So antwortete beispielsweise eine studentische Mitarbeiterin auf den Vorwurf der mangelnden Information der Studierenden über die Existenz der Darlehenskasse, es sei nicht wünschenswert die Studierenden umfassend zu informieren, weil dann noch mehr Personen kämen, um Darlehen zu beantragen. An einzelnen, von der Darlehenskasse als besonders förderungswürdig be-

fundenen Fachbereichen, wie Medizin, Jura und Wirtschaftswissenschaften, werden hingegen gezielte Werbekampagnen durchgeführt. Das nennt die Darlehenskasse dann »gezielte Nachfragesteuerung«.

So bemüht sich die Darlehenskasse nicht darum, Studierende flächendeckend über die Möglichkeit der Darlehensvergabe zu informieren, sondern zieht vielmehr die Daumenschrauben an: Verschärfung der Kontrolle und des Drucks für Rückzahlungen und Verringerung der Darlehenshöhe. Mit den für Bildungsdarlehen überdurchschnittlich hohen Zinsen (4-6%), der For-

derung von Bürgschaften und den unsozialen Rückzahlungsbedingungen (Rückzahlungsbeginn im siebten Monat nach Erhalt der letzten Rate, egal ob arbeitslos, Mutterschaftsurlaub et cetera) haben die Kredite der Darlehenskasse gegenüber anderen Studienförderungsdarlehen allgemein schlechte Konditionen.

Zum Eklat zwischen Darlehenskasse und StudierendenvertreterInnen kam es erstmals im Sommersemester 2004. Zur Erinnerung: Während der Neuwahl des/der Vorsitzenden des Verwaltungsrates und dessen/deren VertreterIn eskalierte die Situation, als VertreterInnen der Studierendenschaften die »Frechheit« besaßen, eigene Kandidaten vorzuschlagen. Vereins- und Vorstandsmitglieder beschimpften die studentischen VertreterInnen und deren Kandidaten. Allein das Vorschlagen von Alternativkandidaten durch die Studierendenschaften sei verantwortungslos, fahrlässig und wurde als Missbrauch vermeintlicher Regelungslücken der Vereinsatzung bezeichnet. Diese Vereinsposten wurden jahrelang in internen Klüngerunden vergeben und so studentischer Kontrolle entzogen. Diese »Lücken« in der Vereinssatzung ermöglichten bisher, dass unabhängige VertreterInnen der Studierendenschaften als Vorstandsmitglieder Einblick und Einfluss auf die alltägliche Vereinspolitik nehmen können und gewährleisten so zumindest ein Minimum an studentischer Interessenswahrnehmung.

Nun wurde versucht diese »Lücken« durch eine Satzungsänderung zu schliessen, ein plumper Versuch studentische Einflussnahme und Kontrolle auszuschalten. Der/die studentische StellvertreterIn des Verwaltungsratsvorsitzenden sollte von nun an zum Beispiel eine kaufmännische Ausbildung vorweisen. Auch der/die Vorstandsvorsitzende des Verwaltungsrates müsse eine »Führungsposition im Finanzwesen, vornehmlich Kreditwesen« vorweisen können. Neben der Schaffung solcher Ausschlusskriterien (die Stu-

dierende kaum vorweisen können) sollte die Anzahl der aus der Mitgliederversammlung gewählten Verwaltungsratsmitglieder von 9 auf 12 erhöht werden. Dieser Versuch die Mehrheitsverhältnisse zu Gunsten des Vereinsklingels zu verschieben – bis jetzt haben die VertreterInnen der Studierendenschaften die Hälfte der Sitze – konnte jedoch abgewehrt werden.

**Was tun?**

Trotz diesem unerwarteten Erfolg wird angesichts des undurchsichtigen Personal- und Finanzklüngerls derzeit nach Möglichkeiten gesucht, den Einfluss auf die studentischen Gelder zurückzugewinnen. So gibt es derzeit Überlegungen, eine eigene Darlehenskasse zu eröffnen. Deren Mittel könnten von den Sozialreferaten der ASten vergeben werden, um so die soziale Lebenssituation von Studierenden stärker berücksichtigen und mehr Darlehen vergeben zu können.

Ob nun im bestehenden Verein gegen den Klüngerl vorgegangen werden soll, oder ein eigener Verein gegründet wird, der bestehenden Darlehenskasse und ihren Machenschaften etwas entgegenzusetzen werden! Es sind unsere Gelder!



# Der Festung Bologna

von björn kietzmann

# 1999

Die Bildungsministerinnen und -minister 45 europäischer Staaten kamen am 19. und 20. Mai im norwegischen Bergen zu ihrem Bologna-follow-up-Gipfel zusammen. In der idyllischen Kleinstadt feierten sie »Halbzeit« in der Umsetzung des so genannten Bologna-Prozesses, durch den in Europa bis zum Jahr 2010 der wettbewerbsfähigste Hochschulraum der Welt geschaffen werden soll. Während im noblen Tagungshotel eingeladene Studierende, RektorInnen und Rektoren, VertreterInnen und Vertreter der Wirtschaft sowie der Gewerkschaften harmonisch und durchaus unkritisch mit den MinisterInnen klüngelten, demonstrierten draußen einige hundert Menschen.

## Die Festung

Die Protestierenden aus ganz Europa fanden sich am 19. Mai auf einem Plenum zusammen und bereiteten in den sich anschließenden Arbeitsgruppen fleißig den Protest vor.

Ganz so stressig dürfte es zu diesem Zeitpunkt auf dem »echten« Gipfel nicht zugegangen sein. Warum auch, ist doch längst bekannt, dass die eigentlichen Verhandlungen nicht auf derartigen Treffen, sondern in Arbeitsausschüssen auf inoffiziellen Gruppentreffen erledigt werden. Aus diesem Anlass waren, wie auch schon im September 2003 beim letzten Bologna-follow-up-Gipfel in Berlin, zwar Möglichkeiten zum Klüngeln, nicht aber für eine ernst gemeinte gemeinsame Diskussion eingeräumt

worden. Schließlich sind sich die Anwesenden doch im Großen und Ganzen darüber einig, dass es um ein großartiges und notwendiges Reformprojekt geht. Unstimmigkeiten gibt es lediglich bei kleinen Details oder eher noch bei der Umsetzung, wodurch die Verantwortung direkt von sich weg hin zu den einzelnen nationalen Parlamenten geschoben werden kann.

Und was soll den überhaupt gegen den Bologna-Prozess sprechen? Es handelt sich doch zumindest laut vieler BefürworterInnen um die wunderbare Internationalisierung von Hochschulbildung. Endlich sollen alle Studierende die Möglichkeit haben problemlos überall studieren zu können, barrierefrei in einem Land anzufangen und in einem anderen weiter zu studieren. Alles ist schön. Alles ist einfach. Jeder und jede hat die Möglichkeit eine neue Art Mobilität zu erfahren. So schön dies auch klingen mag, das ist zum einen Zukunftsmusik und zum anderen etwas, dass durch den Bologna Prozess nicht erfüllt werden wird. Der Bologna Prozess bringt das Gegenteil einer wirklichen Internationalisierung mit sich. Er führt zu einer Abschottung des europäischen Bildungswesens und ist somit quasi das Schengener Abkommen der Bildung. Studierende, die heute aus nicht Bologna-Ländern in Deutschland studieren, hätten diese Chance in einigen Jahren nicht mehr, zumindest nicht ohne sich einen teuren Studienplatz zu erkaufen. Nicht ohne Grund bezeichnete der Vorsitzende des Zusammenschlusses der Afrikani-

schen Universitäten (AAU), Professor Akilagpa Sawyerr, die derzeitigen europäischen Reformbestrebungen im Hochschulbereich als »Fortress Bologna«.

## Der Widerstand

Der Protest in Bergen entludt sich in den frühen Morgenstunden des 20. Mai, als eine Gruppe schwarz gekleideter Menschen die Nationalflaggen vor dem Tagungshotel durch Protestbanner ersetzen. Der Hotelsicherheitsdienst schien komplett überfordert, als die Polizei eintraf war der ganze Spuk bereits gelaufen: Die Nationalflaggen waren weg, die Protestbanner hingen, die Gruppe spurlos verschwunden. Diese kleine Überraschungsaktion sorgte dafür, dass einige Nationalflaggen lediglich durch auffällig kleinere Ersatzobjekte erneuert werden konnten. Eine zweite deutsche Flagge konnte augenscheinlich gar nicht aufgetrieben werden, der entsprechende Fahnenmast blieb den gesamten Tag über leer.

Einige Stunden später setzten SchülerInnen und Studierende eine unangemeldete Protestkundgebung vor dem Haupteingang des Hotels durch. Die zahlenmäßig nur schwach vertretene Polizei tat sich dabei schwer einen »leader« der Demo ausfindig zu machen. Auf Nachfrage erläuterten die Demonstrierenden, nichts von einem »leader« zu wissen, sich allgemein auch keinem »leader« unterzuordnen. Der Versuch den Platz vor dem Tagungshotel demonstrationsfrei zu bekommen – sei es durch Zureden oder der Androhung von Verhaftungen – scheiterte am konsequenten Ignorieren der polizeilichen Aufforderungen seitens der Studierenden und SchülerInnen. Diese verließen erst nach etwa anderthalb Stunden den Platz, um an einer wenige Meter entfernten angemeldeten Kundgebung teilzunehmen.

Der Berichterstattung der bürgerlichen Medien konnte entnommen werden, wie die in der MinisterInnenkonferenz gestalterisch mitwirkenden Studierenden von ESIB, dem so genannten europäischen Studierendendachverband, auf die Proteste vor dem Hotel reagierten. So antwortete deren Vorsitzende auf Nachfrage eines

norwegischen Journalisten, dass sie den Unmut der Protestierenden über die schlechte Umsetzung durchaus verstehen könne, aber die meisten Studierenden hätten halt gar keine Ahnung vom Bologna-Prozess. Diese Aussage, die bei anwesenden Studierenden Erinnerungen an Gerhard Schröders Erklärungsversuche der Agenda 2010 weckte, löste verständliche Empörung aus. »Ich weiß genau warum ich da drin nicht rum klüngeln will. Es ist nicht nur die miese Umsetzung, sondern die klare kapitalistische Ausrichtung des Prozesses insgesamt, die ich ablehne. Wir fangen ja auch nicht auf einmal an, über die Gestaltung von Studiengebührenmodellen zu diskutieren!« entrüstete sich ein Student aus Berlin. Eine Kommilitonin aus Bremen ergänzte: »Durch die gestalterische Prozess-Beteiligung von Studierenden ist es wesentlich schwieriger gegen diesen zu kämpfen. Die beteiligten Studierenden haben bestenfalls persönliche Vorteile. Sollten die MinisterInnen ein ernst gemeintes Interesse an einer gemeinsamen Reform haben, müsste ein solcher Prozess gemeinsam, solidarisch und konsensual aufgebaut sein. Dies ist bei einem Top-Down-Projekt wie dem Bologna-Prozess eindeutig nicht der Fall.«

## Die Zukunft

Am Abend war das Gipfeltreffen beendet, dessen gegnerische KritikerInnen und Kritiker blieben jedoch anlässlich des von einigen Basisgruppen organisierte, zweiten *european education forums* weitere zwei Tage in Bergen. In Podiumsdiskussionen, Workshops und Vernetzungstreffen sprachen sie über Alternativen zu dem bestehenden Bildungssystem und versuchten, Wege zu einem gemeinsamen Protest auch außerhalb von Gipfeltreffen zu finden. Am Rande erarbeiteten einige Gruppen und Einzelpersonen eine kurze Resolution gegen den Bologna Prozess, welche unter anderem auf der Homepage des AStA FU nachgelesen werden kann. Der nächste Bologna follow-up Gipfel wird 2007 in London stattfinden. Ob es auch hier wieder ein european education forum, einen Gegengipfel oder eine andere Art von Protest geben wird, bleibt abzuwarten. Wünschenswert wäre dies allemal.

[...]

Der Mariannenplatz war blau, soviel Bullen waren da,  
und Mensch Meier mußte heulen, das war wohl das Tränengas.  
Und er fragt irgendeinen: »Sag mal, ist hier heut «n Fest?«  
»Sowas ähnliches«, sacht einer »das Bethanien wird besetzt.«  
»Wird auch Zeit«, sachte Mensch Meier, stand ja lange genug leer.  
Ach, wie schön wär doch das Leben, gäb es keine Pollis mehr.  
Doch der Einsatzleiter brüllte: »Räumt den Mariannenplatz,  
damit meine Knüppelgarde genug Platz zum Knüppeln hat!«

Doch die Leute im besetzen Haus  
riefen: »Ihr kriegt uns hier nicht raus!  
Das ist unser Haus, schmeißt doch endlich  
Schmidt und Press und Mosch aus Kreutzberg raus.«  
[...]

[Rauch-Haus-Song | Ton, Steine, Scherben]